

**47. ORDENTLICHER
SPÖ-BUNDESPARTEITAG**

7. MÄRZ 2026 | MESSE WIEN

LEITANTRAG

**ORDNEN STATT SPALTEN:
Unser Versprechen für Österreich.**



Foto: SPÖ/Schmiedbauer

ORDNEN STATT SPALTEN: Unser Versprechen für Österreich

Man kann es richtiggehend spüren: Die Menschen sehnen sich nach Ordnung und Verlässlichkeit – nach einem Ende der Orientierungslosigkeit und Krisen. Die massive Teuerung und wachsende Verunsicherung haben Risse in unserer Gesellschaft entstehen lassen – vertieft von Kräften, die auf Spaltung setzen, statt Lösungen zu bieten.

Das Österreich, für das die SPÖ Anfang 2025 Regierungsverantwortung übernahm, war bereits seit Jahren trauriger Rekordhalter: Rekord-Budgetloch, Rekordteuerung, eine schrumpfende Wirtschaft... Für diesen Zustand tragen wir keine Verantwortung – die liegt bei jenen, die vor uns am Ruder waren. Sie ließen die Inflation durchrauschen, verschwendeten die Steuergelder der Österreicher*innen, setzten verfehlte Prioritäten. Den Preis dafür zahlen die Falschen.

Die Sozialdemokratie jammert nicht, sie packt an. Wir haben die Erfahrung, die Kompetenz und den Willen zum Gestalten. Wo die Rechtspopulisten sich feige wegducken und von draußen hereinlästern, übernehmen wir Verantwortung und beweisen: Politik muss nicht laut sein, um echte Veränderung herbeizuführen.

Wir schielen nicht auf schnellen Applaus. „Ordnen statt Spalten“ ist mehr als ein Slogan. Es ist das Versprechen, dass in Österreich wieder Anstand und Verlässlichkeit regieren. Wir sanieren das Fundament – für ein leistbares, gerechtes und sicheres Österreich, in dem niemand zurückgelassen wird.

Unser Auftrag für die kommenden Jahre: das Vertrauen in den Staat und die Sozialdemokratie neu zu begründen – und die Brücken wieder aufzubauen, die andere eingerissen haben. Wir schaffen echte Perspektiven, damit Eltern ihren Kindern mit Zuversicht sagen können: „Die Zukunft gehört euch.“

Unser Versprechen vor einem Jahr lautete: „Wir bringen Österreich wieder auf Kurs.“ Nun zeigt unsere Arbeit erste Wirkung. Die Inflation ist auf zwei Prozent gesunken. Wir treiben die Sanierung unserer Staatsfinanzen erfolgreich voran. Die Wirtschaft findet zu neuem Wachstum. Die Regierungsarbeit trägt wieder eine klare sozialdemokratische Handschrift – eine, die nicht aufs Spektakel setzt, sondern auf die Kraft der Vernunft, unseren unverrückbaren sozialen Kompass und den Blick für das Wesentliche.

Wir haben das Land stabilisiert – jetzt bringen wir es in **ORDNUNG.**

Ein leistbares Leben für alle!

Der Politik wird oft Abgehobenheit vorgeworfen. Wir Sozialdemokrat*innen aber kommen aus der Arbeiter*innenbewegung. Wir arbeiten für Menschen, die auf einen starken, demokratischen Sozialstaat angewiesen sind – die es sich nicht „selbst richten“ können. Wir hören zu und handeln.

Die Teuerung ist Folge einer Politik, die den Markt zu lange sich selbst überlassen hat. Der Markt ist jedoch weder solidarisch noch fair. Die Bilanz: Jede*r dritte Österreicher*in erlebte eine finanzielle Verschlechterung.

GEGEN DIE MARKTWILLKÜR

Hier greift die SPÖ ordnend ein. Selten war so deutlich, wie entscheidend sozialdemokratische Politik ist: Wir überlassen das Schicksal der Menschen nicht der Willkür der Märkte. Wir greifen ein, um ein selbstbestimmtes, leistbares Leben für alle sicherzustellen.

Wir kämpfen unter erschwerten Bedingungen: Die Vorgängerregierungen haben uns nicht nur die Teuerung, sondern auch ein Milliardendefizit hinterlassen. Um unser hart kalkuliertes Budget nicht zu gefährden, müssen wir tief in den Maschinenraum der Republik klettern, um an großen und kleinen Schrauben zu drehen – und in Summe spürbare Erleichterung zu bringen.

Wir haben bereits solche Schrauben gefunden und begonnen, die Lasten auf breitere Schultern zu verteilen – bei der Bankensteuer, der höheren Besteuerung von Stiftungen oder bei der Besteuerung von Immobilienkonzernen. Bei Mieten, der Energie und den Lebensmitteln, bei Medikamentenkosten greifen wir hingegen in die Preise ein, um ein leistbares Leben für alle wieder zu ermöglichen. Wo es ging, haben wir Leistungen erhöht oder gegengesteuert: Wir drehen Mogelpackungen und irreführenden Werbesprüchen im Lebensmittelhandel den Hahn zu und senken die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel. Wir machen damit den Wocheneinkauf fairer, gerechter und preiswerter.

Wir haben uns dabei mit mächtigen Gegnern angelegt. Energiekonzerne mussten das „Günstiger-Strom“-Gesetz akzeptieren. Teile der Immobilienbranche prophezeiten aufgrund unserer Mietpreisbremsen ihren Untergang – und sind noch da. Unternehmen verdienen weiter Geld. Weil wir wissen, was wir tun.



ORDNUNG IM ENERGIESEKTOR

Unsere Strompreispolitik zeigt am deutlichsten, worum es uns Sozialdemokrat*innen geht: um faire Preise und Ordnung im System. Wir beenden das Experiment, den Markt allein über Grundbedürfnisse entscheiden zu lassen. Dass Menschen ihre Energierechnungen nicht mehr zahlen konnten, macht betroffen – Rekordgewinne der Konzerne bei gleichzeitiger Angst vor der Stromrechnung dagegen wütend.

Wir haben im neuen „Günstiger-Strom“-Gesetz gleich mehrere Fairness-Anker gesetzt: Eine strenge Weitergabepflicht sorgt dafür, dass sinkende Marktpreise direkt bei den Haushalten landen, statt nur Konzernbilanzen zu füllen. Mit dem „Österreich-Tarif“ (unter 10 Cent/kWh) schaffen wir ein Referenzmodell für alle. Ein besonderer SPÖ-Erfolg ist der Strom-Sozialtarif: Er bietet 300.000 Haushalten einen Schutzschild durch einen Deckel von 6 Cent – bezahlt von der Energiebranche.

Unser nächstes Ziel ist der 10-Cent-Krisenmechanismus als permanenter Schutzschirm für alle. Diese soziale Flankierung stellt sicher, dass die Energiewende nicht auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen wird. Wir verankern leistbares Leben als Grundrecht im Energiemarkt.

SPÖ WIRKT: 1.000 EURO FÜR JEDE*N

Etwa 1.000 Euro pro Jahr haben wir bisher im Schnitt für jede*n Österreicher*in herausgeholt. 1,375 Milliarden Euro haben wir mit inflationsdämpfenden Maßnahmen im ersten Regierungsjahr für die Menschen gerettet. Die Maßnahmen dieser Regierung wirken: Wir werden 2026 die Inflation auf 2 Prozent senken.

Aber auch nicht inflationsdämpfende Maßnahmen haben das Leben der Menschen spürbar erleichtert – vor allem durch mehr Unterstützung für Pendler*innen, das Einfrieren der ORF-Gebühren, Impfkostenbefreiungen, Begünstigungen bei Überstunden und Steuerermäßigungen bei Feiertagsarbeit.

FAIRE PREISE IM SUPERMARKT: FÜR EIN KARTELLRECHT, DAS DIE MENSCHEN SCHÜTZT

In Österreich herrscht im Lebensmittelhandel Wettbewerbsleere: Vier Handelsriesen dominieren den Markt. Die Leidtragenden dieser massiven Marktkonzentration sind die Verbraucher*innen.

Die SPÖ steht auf der Seite der Kund*innen. Der freie Wettbewerb in einem der wichtigsten Bereiche des täglichen Lebens darf nicht durch die Marktmacht weniger Supermarktketten und ihrer Großlieferanten gelähmt werden. Hier gibt es einen entscheidenden Hebel: eine Verschärfung des Wettbewerbs- und Kartellrechts.

Im unmittelbaren Preis- und Verbraucher*innenschutz müssen wir uns am strengeren deutschen Vorbild orientieren. Eine entsprechende Nachschärfung ist deshalb geboten.

Wir Sozialdemokrat*innen kämpfen für die Menschen in unserem Land, damit der Einkauf des täglichen Bedarfs wieder leistbar wird.

NÄCHSTER HALT: TANKSTELLE

Wir haben gezeigt: Gezielte Preiseingriffe schützen den Zusammenhalt. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter – so wie wir es beim Mietpreisdeckel und der Entlastung bei Grundnahrungsmitteln getan haben. Jetzt nehmen wir die Preispolitik an den Tankstellen ins Visier. Mobilität darf nicht zur Kostenfalle für jene werden, die – gerade im ländlichen Raum – auf ihr Auto angewiesen sind. Während wir den Ausbau von Bus und Bahn massiv vorantreiben, lassen wir die Pendler*innen heute nicht im Regen stehen. Wir verstärken die Preiskontrollen und haben die Preiskommission einberufen.

Es ist eine Frage der Gerechtigkeit: Wenn gesunkene Rohölpreise nicht an die Menschen weitergeben werden, bedeutet das eine Marktmacht auf Kosten der Allgemeinheit. Für uns Sozialdemokrat*innen gilt: Faire Preise für die Vielen sind wichtiger als die Übergewinne einiger Weniger. Wir beweisen, dass die Menschen ungerechte Belastungen nicht hin-

nehmen müssen – von der Zapfsäule bis zur Parkplatzabzocke. Und es gilt: Wir senken 2026 die Inflation auf 2 Prozent.

Der 47. ordentliche Bundesparteitag der SPÖ möge deshalb beschließen:

- Es gilt: Wir werden nicht aufhören, bis die Inflation nachhaltig auf 2 Prozent sinkt.
- Wir stoppen die Teuerung: Wir fordern ein permanentes Preismonitoring auf Basis einer Preisdatenbank insbesondere für Lebensmittel und Energie. Dazu soll das Preisgesetz reformiert werden und eine schlagkräftige Anti-Teuerungskommission geschaffen werden.
- Wir kämpfen weiter, bis der “Österreich-Aufschlag” auf EU-Ebene fällt. Lebensmittel dürfen nicht länger im Schnitt 10 Prozent teurer sein als in Deutschland.
- Wir fordern, das österreichische Kartellrecht nach deutschem Vorbild zu verschärfen, um so die Leistbarkeit des täglichen Bedarfs für alle Menschen sicherzustellen.
- Wir fordern eine Sonderprüfung, um die Gründe für die Entwicklungen von Rohölpreisen und Spritpreisen in Österreich zu identifizieren.
- Wir bekennen uns zu einer Strompreispolitik, die soziale Sicherheit über Profitmaximierung stellt und den unberechenbaren Spielregeln des Marktes eine klare Grenze setzt.
- Wir fordern die Einführung eines staatlichen Krisenmechanismus, der im Falle von Marktversagen und ungerechtfertigten Preisen den Strompreis bei unter 10 Cent netto pro kWh fixiert.
- Wir fordern das Ende des Merit-Order-Prinzips: Der Strompreis muss endlich von den teuren Gaspreisen entkoppelt werden, damit Haushalte direkt von günstiger Erzeugung profitieren.

Wir **ORDNEN** Österreichs Finanzen neu

Es ist Zeit für eine nüchterne Bestandsaufnahme: Die Teuerung hat das Leben vieler Menschen stark belastet. Das oberste Prozent hat meist davon profitiert. Die Schere zwischen hart arbeitenden Familien und jenen, die ihr Geld und Kapital für sich arbeiten lassen, geht immer weiter auf. Das wollen wir nicht hinnehmen.

80 Prozent des Steueraufkommens stammen aus der Besteuerung von Arbeit und Konsum. Diese Schieflage ist das Ergebnis einer Politik, die den Überblick verloren hat. Wir treten an, um dieses Land finanziell neu zu ordnen, statt zuzusehen, wie es weiter gespalten wird.

SANIEREN, ABER STABIL UND GERECHT

Wir sichern Beschäftigung und Investitionen ab, statt sie wegzusparen. Ein stabiler Haushalt darf die Wirtschaft nicht abwürgen – er muss die Basis für jene soziale Sicherheit bilden, die Aufbau erst möglich macht.

Dafür beenden wir das Gießkannen-Prinzip für Konzerne und stärken das Rückgrat unserer Wirtschaft: die kleinen und mittleren Betriebe. Während die Vorgängerregierung die Körperschaftsteuer (KÖSt) pauschal senkte und seither jedes Jahr 800 Millionen Euro an Großkonzerne verschenkt, haben wir eine bessere Lösung: eine progressive Körperschaftsteuer, die einen höheren Steuerbeitrag von Großunternehmen sicherstellt. Das ist kein Klassenkampf, das ist die faire Beteiligung der Big Player.

Zugleich haben Sozialdemokrat*innen bei ausgewogenen Budgets immer auf eine wirksame Gleichstellungspolitik geachtet. Gender Budgeting steht in Österreich im Verfassungsrang – nun gilt es, dieses wichtige Instrument gezielt weiterzuentwickeln.

DAS ENDE DER ABZOCKE: DIE „LEX BENKO“

Ehrlich Steuern zu zahlen, ist die Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen. Doch während Fachkräfte ihren Lohn redlich versteuern,

haben sich Teile der Superreichen eine Parallelwelt aus Stiftungen und Firmenlabyrinthen gebaut.

Die Insolvenz des Signa-Imperiums war der Offenbarungseid eines löchrigen Steuersystems. Mit dem „Lex Benko“-Paket beenden wir jetzt die Zeiten, in denen Privatvillen als Firmenkonstruktion getarnt von der Steuer abgesetzt oder Vermögen in undurchsichtigen Stiftungen „geparkt“ wurden. Wer als Manager oder Eigentümer Insolvenzen verschleppt oder Vermögen beiseiteschafft, wird künftig persönlich zur Rechenschaft gezogen. Großkonzerne dürfen ihre Bilanzen nicht länger verheimlichen und Bußgelder aus der Portokasse zahlen: Wir erhöhen die Strafen so drastisch, dass sich Ehrlichkeit wieder rechnet.

Mit der Schließung solcher Schlupflöcher, der Erfassung von Krypto-Erträgen und einer Offensive gegen Scheinunternehmen holt der Staat zurück, was den Menschen zusteht. Wir rechnen dadurch mit Mehreinnahmen von 1,4 Milliarden Euro bis Ende 2029 – ein gewichtiger Brocken, um das Staatsdefizit bis 2028 auf 3 Prozent der Wirtschaftsleistung zu drücken.

Diesen Weg gehen wir konsequent weiter: Steuer- und Sozialbetrug sowie Lohndumping von Unternehmen kosten die öffentlichen Haushalte Milliarden. Allein das Zwischenparken von Beschäftigten bei auftrags- und saisonbedingten Unterbrechungen beim AMS kostet dieses nach Schätzungen des WIFO jedes Jahr 700 Mio. Euro. Wir sorgen dafür, dass die Konsolidierung nicht nur auf den Schultern der arbeitenden Menschen und der Pensionist*innen lastet: Wir schauen darauf, dass von allen ein Beitrag gefordert wird.

GEWINNE DER GEBURTSLOTTERIE BESTEUERN

Budgetpolitik braucht einen klaren Kompass. Jede Maßnahme zur Stärkung des Sozialstaats braucht eine solide Gegenfinanzierung. Und: Starke Schultern müssen gemäß ihrer Leistungsfähigkeit zur Budgetsanierung beitragen. Auf Regierungsebene

konnte die SPÖ noch keine Millionärssteuern durchsetzen. Als Sozialdemokratie werden wir uns weiter dafür starkmachen.

In Österreich besitzt das reichste Prozent rund 40 Prozent des gesamten Nettovermögens unseres Landes. Es wird Zeit, dass sie adäquat Steuern zahlen. Steuern auf Millionenerbschaften mit einem Freibetrag von 1,5 Millionen Euro sowie Millionärssteuern mit einem Freibetrag von einer Million Euro schützen das Häuschen der Oma, nehmen aber die obersten zwei Prozent in die Pflicht. 98 Prozent der Bevölkerung sind durch diese Maßnahme nicht betroffen, werden aber massiv entlastet. Bei Steuersätzen von 0,5 bis 1,5 Prozent gewinnen wir jährlich rund fünf Milliarden Euro für Österreich. Wir investieren die Privilegien der Wenigen in die Zukunft der Vielen.

GEMEINDEN IN IHRER AUTONOMIE STÄRKEN

Finanzpolitik entscheidet sich mitunter vor der Haustür. Unsere Gemeinden stellen die Kindergärten, die Wasserversorgung und die lokale Infrastruktur bereit. Doch ihnen geht die Luft aus. Die österreichischen Bürgermeister*innen wollen lokale Aufgaben eigenständig finanzieren. Sie fordern eine Reform der Grundsteuer und mehr Abgabenautonomie für ihre Gemeinden. Hören wir ihnen zu.

ORDNEN
wir dieses Land
neu. Für ein
Österreich,
das wieder
allen gehört.

Der 47. ordentliche Bundesparteitag der SPÖ möge deshalb beschließen:

- Wir fordern eine progressive Körperschaftsteuer, die einen höheren Steuerbeitrag von Großunternehmen sicherstellt.
- Wir fordern eine Bankenmilliarde jährlich, solange die Banken Übergewinne in Rekordhöhe machen.
- Wir fordern die Einführung progressiver Millionärssteuern – denn breite Schultern können mehr tragen
- Wir fordern die Einführung einer progressiven Steuer auf Millionenerbschaften, um der immer stärkeren Konzentration riesiger Vermögen entgegenzuwirken und den Generationenvertrag gerecht zu erneuern.
- Wir reformieren die Grundsteuer, um die finanzielle Autonomie der Gemeinden nachhaltig zu stärken und die notwendigen Spielräume für den massiven Ausbau kommunaler Dienstleistungen zu schaffen, insbesondere bei der kostenlosen Kinderbetreuung.
- Wir fordern darüber hinaus grundsätzlich ein Gemeindefinanzierungspaket, um die sozialen Dienstleistungen und klimafreundliche Investitionen der Kommunen abzusichern und zu stärken.
- Wir setzen uns weiter dafür ein, Steuer- und Sozialbetrug sowie Lohndumping von Unternehmen zu bekämpfen: Mit strengeren Gesetzen, konsequenten Kontrollen und stärkerer Verantwortlichkeit von Unternehmen. Diese müssen einen Teil der Kosten, die sie durch das Zwischenparken in der Arbeitslosenversicherung verursachen, tragen
- Schluss mit Bilanztricks à la Rene Benko: Wir fordern empfindliche Strafen für das Nicht-Einreichen von Bilanzen.
- Wirksames Gender Budgeting verankert Gleichstellungspolitik konsequent in allen Ressorts.

Wir bringen das Gesundheitssystem in **ORDNUNG**. Versprochen.

Österreich war lange Zeit ein Land, in dem man sich auf eines verlassen konnte: Wer krank ist, bekommt Hilfe – rasch und unabhängig vom Einkommen.

Heute erleben die Menschen ein Gesundheitssystem, dessen Motor stottert und das nicht treffsicher genug ist. Die spitalszentrierte Struktur bündelt zu viele Ressourcen. Pflegekräfte, Therapeut*innen und andere in der Gesundheit Tätige stehen wegen des chronischen Personalmangels unter enormem Druck – oder flüchten oftmals in andere Berufe. Wir haben medizinische Versorgungslücken und zu wenig Kassenärzt*innen.

All das ist die Folge einer verfehlten Gesundheitspolitik der Vorgängerregierungen – die dem Land Marketingschmähs servierten statt einer echten Kassenreform und Patient*innen in Richtung Privatmedizin drängten. Wer es sich leisten kann, kauft sich mit der Kreditkarte am Kassenstau vorbei. Alle anderen warten Monate auf den Facharzt*innen-termin oder harren stundenlang in überfüllten Ambulanzen aus. Was lange niemand für möglich hielt, droht Wirklichkeit zu werden, wenn wir nicht schleunigst gegensteuern: Österreich als Land der Zwei-Klassen-Medizin.

UNSER PAKT GEGEN DIE ZWEI-KLASSEN-MEDIZIN

Mit der Übernahme der Verantwortung haben wir Sozialdemokrat*innen einen wichtigen Auftrag angenommen: Wir stellen das erschütterte Vertrauen der Menschen in unser Gesundheitssystem wieder her. Trotz des enormen Spardrucks kürzen wir keinen Cent. Im Gegenteil: Wir geben mehr Geld für das österreichische Gesundheitssystem aus als je zuvor. Der sozialdemokratische Ansatz lautet: das Verbindende suchen, statt die Akteur*innen in Lager zu spalten. Die Verkörperung dieses Geistes ist die system- und länderübergreifende Reformpartnerschaft Gesundheit. Ihre erste Übereinkunft: der Pakt gegen die Zwei-Klassen-Medizin.

Im Vordergrund stehen dabei die Stärkung der Kassen- gegenüber der Privatmedizin. Wir machen Kassenstellen attraktiver und schließen mit dem Ausbau der Primärversorgungszentren – wobei wir auch einen Schwerpunkt auf Kinder- und Frauengesundheit legen – regionale Versorgungslücken. Wir entlasten damit die Spitäler und machen die Versorgung effizienter, zugänglicher und menschlicher.

Strukturelle Verbesserungen schaffen wir auch durch die weitere Digitalisierung und Vereinfachung zentraler Prozesse. Eine große Rolle wird dabei eine der stärksten Innovationen im Bereich Gesundheit bringen: das Gesundheitsnavi 1450. Mit dem Ausbau der Gesundheitshotline 1450 zur multifunktionellen ersten Anlaufstelle im Gesundheitssystem setzt Österreich neue Maßstäbe im integrierten, digitalen Patient*innenmanagement.

EUER GELD, EURE STIMME: WIR DEMOKRATISIEREN DIE SOZIALVERSICHERUNG

Die durch das Sozialversicherungs-Organisationsgesetz (SV-OG) von der türkis-blauen Bundesregierung erzwungene „Reform“ der Sozialversicherung war ein gravierender Eingriff in das System, das sich über einen langen Zeitraum gut bewährt hatte. Mit zahlreichen unerfüllten Versprechen – Stichwort „Patientenmilliarde“ – wurden Entscheidungskompetenzen zulasten der Arbeitnehmer*innen auf die Arbeitgeberseite verlagert. Anstelle von angekündigten Einsparungen in der Verwaltung, die den Versicherten durch verbesserte Leistungen zukommen sollten, kam es allein in der ÖGK durch die Fusion zu Mehrkosten in dreistelliger Millionenhöhe, die für die Gesundheitsversorgung fehlen. Insgesamt belaufen sich die Zusatzkosten durch das damalige „Reform“-Paket auf bis zu eine Milliarde Euro.

Auch wenn die Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger nicht mehr rückgängig zu machen sein wird, sind dringend Anpassungen in der



künftigen Ausgestaltung der Sozialversicherung notwendig. Ziel muss sein, den Versicherten wieder umfassende Mitbestimmung in ihren eigenen Versicherungsträgern zu ermöglichen – für eine zukunftsorientierte und leistungsstarke Sozialversicherung. Nur unter diesen Voraussetzungen können nachhaltige Leistungsverbesserungen für alle Versicherten erreicht und gemeinsam mit Bund und Ländern ein starkes, solidarisches Gesundheitssystem sichergestellt werden. Die SPÖ befürwortet Überlegungen zur Neuorganisation der Zuständigkeiten – unter anderem den Vorschlag zur Schaffung von Gesundheitsregionen, in denen öffentliche Gesundheitsdienstleistungen gemeinsam und überregional geplant, finanziert und gesteuert werden – für die bestmögliche Gesundheitsbetreuung in Österreich.

EINE HALBE MILLIARDE JÄHRLICH FÜR EINE NEUE ORDNUNG

Wir wollen auch den Paradigmenwechsel vom Reparatur- zum Präventionssystem schaffen. Unser Ziel ist ein System, das die Menschen länger gesund hält und ihre Gesundheitskompetenz stärkt. Wir erreichen das mit einem massiven Ausbau der Präventions- und Informationsangebote, die alle erreichen – von der frühen Kindheit bis ins hohe Alter.

Dabei setzen wir auch bei den Arbeitsplätzen an: Arbeit kann identitätsstiftend und gesundheitsfördernd sein – aber auch krank machen. Gesunde Arbeitsbedingungen sind kein Luxus, sondern Verpflichtung des Arbeitgebers und ein Gebot der gesellschaftlichen Verantwortung. Schädigende Einflüsse am Arbeitsplatz reichen von Hitze über Strahlen und gesundheitsschädigende Stoffe bis zu schweren Lasten – besonders auch psychischen Belastungen. Die Gestaltung gesunder Lebensbedingungen am Arbeitsplatz ist zwingend erforderlich und braucht langfristige und nachhaltige Maßnahmen.

Die Finanzierung unserer Vorhaben stellen wir durch den eigens geschaffenen Gesundheitsreformfonds sicher: eine halbe Milliarde Euro jährlich bis 2030 für die Neuordnung und den Ausbau der öffentlichen Gesundheit.

EIN FAIRER DEAL FÜR UNSER ÖFFENTLICHES GESUNDHEITSSYSTEM

Doch mehr Geld allein reicht nicht. Der Ausbauplan, der die Zahl der Medizinstudienplätze bis 2028 auf 2.000 erhöht, ist ein wichtiger Schritt. Aber der Bedarf steigt weiter – deshalb braucht es weite-



re Erhöhungen der Studienplätze und zusätzliche Maßnahmen, um ausreichend Ärzt*innen für das öffentlichen System zu gewinnen.

Es fehlt nicht an motivierten jungen Menschen. 2025 wollten rund 15.000 Personen Medizin studieren, aber nur 12,7 Prozent erhielten einen Studienplatz. Das Interesse ist enorm – das Potenzial vorhanden. Das Medizinstudium ist für Studierende kostenlos – und einer der teuersten Ausbildungsplätze, die wir als Gesellschaft finanzieren. Das ist richtig so, denn Bildung soll gratis bleiben. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass diese Investition auch der öffentlichen Gesundheitsversorgung zugutekommt.

Deshalb ist es sinnvoll, bei der Vergabe der Studienplätze Bewerber*innen Vorrang zu geben, die sich verpflichten, nach ihrem Abschluss im öffentlichen Gesundheitssystem zu arbeiten. Es ist ein fairer Deal: Die Gesellschaft investiert in die Ausbildung – und erhält im Gegenzug eine starke, öffentliche Gesundheitsversorgung. Für alle.

MEDIZIN NACH BEDARF, NICHT NACH KONTOSTAND

Es braucht eine gemeinsame Anstrengung aller Akteur*innen, um im Sinne der Patient*innen für Entlastung zu sorgen und das öffentliche solidarische Gesundheitssystem wieder zu stärken. Wir sehen daher auch Wahlärzt*innen gefordert, einen fairen Beitrag zur Solidargemeinschaft zu leisten. Wahlärztliche Ordinationen sollen angehalten werden, ein gewisses „Fairness-Kontingent“ ihrer Termine

für Kassenpatient*innen zu reservieren. Eines der wichtigsten Ziele ist die deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Attraktivität von Pflege- und anderen Gesundheitsberufen – sie sind der Tragebalken einer stabilen und nachhaltigen Gesundheitsversorgung.

Der Lohn für unsere Anstrengungen wird ein geordnetes Gesundheitswesen sein, in dem sich jede*r auskennt und das sein solidarisches Versprechen einlöst: Damit die beste Medizin dort ankommt, wo sie gebraucht wird – und nicht bei jenen, die sie bezahlen können.

Der 47. ordentliche Bundesparteitag der SPÖ möge deshalb beschließen:

- Wir erneuern unser Versprechen eines solidarischen Gesundheitssystems für alle.
- Wir nutzen den Gesundheitsreformfonds gezielt zur Schließung von Versorgungslücken, Verkürzung von Wartezeiten und Stärkung öffentlicher Strukturen.
- Wir setzen auf die konsequente Fortführung der system- und länderübergreifenden Reformpartnerschaft Gesundheit.
- Wir fordern einen Solidarbeitrag der Wahlärzt*innen zur Gesundheitsversorgung: Wahlärzt*innen mit kapazitätsstarken Ordinationen oder in versorgungsrelevanten Fachbereichen sollen ein gewisses „Fairness-Kontingent“ für Kassenpatient*innen bereitstellen. Dieses wird zentral an Personen vergeben, die dringend einen Termin brauchen.
- Bonus bei der Aufnahme zum Medizinstudium: Vorrang für alle, die sich zur späteren Arbeit im öffentlichen Gesundheitssystem verpflichten. Wir priorisieren die öffentliche Gesundheit: Wir bauen die Kassenversorgung aus und schaffen attraktivere Kassenverträge für Ärzt*innen.
- Wir bauen die öffentliche Gesundheit um: vom Reparaturbetrieb zur Lebensvorsorge.
- Wir legen einen Schwerpunkt auf Gesundheit am Arbeitsplatz.
- Wir stärken Gesundheitsberufe zur Bekämpfung des Fachkräftemangels: Pflegekräfte und andere Gesundheitsfachkräfte sollen faire Bezahlung, angemessene Personalschlüssel, verlässliche Arbeitszeiten und klare Entwicklungsperspektiven erhalten.
- Wir schaffen multiprofessionelle Primärversorgungseinrichtungen (Zentren und Netzwerke) zur Sicherung wohnortnaher, koordinierter Versorgung, Entlastung der Spitäler und Betreuung chronisch Kranker.
- Wir stärken den Aktionsplan Frauengesundheit durch fortgesetzte Aktualisierung
- Wir stärken digitale Lösungen in der Gesundheit.
- Wir wollen mündige Patient*innen: Wir fördern gezielt die Gesundheitskompetenz der Österreicher*innen.
- Wir stärken die Mitbestimmung der Arbeitnehmer*innenvertretung in den Gremien der Sozialversicherung.
- Wir befürworten Überlegungen zur Neuorganisation der Zuständigkeiten, zur gemeinsamen Planung, Finanzierung und Steuerung öffentlicher Gesundheitsdienstleistungen.



Foto: SPÖ/Visnjic

Wohnen ist ein Recht, kein Luxus: Die **NEUORDNUNG** des Marktes

Wenn die Sorge um die nächste Mietvorschreibung den Alltag bestimmt, dann ist es unsere Aufgabe als Sozialdemokratie, das Versprechen auf ein sicheres Zuhause für alle zu erneuern. Wer die Miete nicht mehr stemmen kann, verliert weit mehr als ein Dach über dem Kopf: Er verliert seine Sicherheit, seine Wurzeln und seinen Platz in der Mitte der Gesellschaft. Wir Sozialdemokrat*innen ziehen hier eine klare rote Linie gegen die Begehrlichkeiten mancher Immobilienkonzerne. Unser Ziel ist es, Wohnraum wieder zum Lebensmittelpunkt zu machen, leistbar und sicher.

Wir blicken dabei auf eine stolze Geschichte zurück. Mit dem Roten Wien haben wir weltweit Maßstäbe gesetzt und bewiesen, dass der Markt beim Wohnen eben nicht alles regelt – ein Modell, das heute selbst in Metropolen wie New York Bewunderung findet. Doch während der kommunale Wohnbau unser stabiler Anker bleibt, sind Preistreiber kreativ geworden. Die Gesetze von gestern bieten heute verschiedene Schlupflöcher.

HEUTE DAS RICHTIGE TUN - FÜRS ZUHAUSE VON MORGEN

Eine moderne sozialdemokratische Wohnpolitik muss deshalb den nächsten Schritt gehen, um die Preisspirale zu brechen. Wir wollen nicht nur Bestehendes verwalten. Wir wollen aktiv neuen, leistbaren Wohnraum schaffen und den Bestand vor Ausbeutung schützen. Dafür sehen wir uns den Wohnmarkt von allen Seiten an und ordnen vieles neu. Damit Menschen sich wieder wirklich „zuhause“ fühlen können.

Dazu gehört der Blick aufs Wohnen von morgen: Wir setzen auf klimafreundliches und energieeffizientes Wohnen.

WIR MACHEN WOHNEN LEISTBARER

Für den Kampf gegen explodierende Mieten haben wir ein ganzes Arsenal. Wer vorsätzlich überhöhte Mieten verlangt, kommt bisher ohne Strafen davon. Künftig soll es für Mietwucher rechtliche

- und finanzielle - Konsequenzen geben. Vieles müssen wir im Sinne der Mieter*innen neu ordnen: übersichtliche Lagezuschläge, die faire Verteilung der Betriebskosten und die Aktivierung von Leerstand. Der „Wohnschirm“ als rettendes Instrument bleibt aufgespannt.

Wir nehmen Plattformen wie Airbnb mit Registrierungspflichten und besserem Datenaustausch ins Visier. Auch leistbare Geschäftsraummieten für KMU und spezifische Wohnmaßnahmen für Frauen sind Teil unseres Pakets.

Bei den Grundstückspreisen muss es uns gelingen, eine Trendumkehr zu erreichen: Flächen im Besitz der öffentlichen Hand oder staatsnaher Betriebe sollen nicht mehr so einfach verkauft werden dürfen, sondern vorrangig für den gemeinnützigen Wohnbau zur Verfügung stehen.

Expert*innen schätzen, dass die Baupreise um 10 Prozent der Baukosten gesenkt werden können, ohne die bestehenden Schutzbestimmungen zu verletzen. Die große Zahl an Ö-Normen als Kostentreiber muss genauer unter die Lupe genommen werden. Allein für den gemeinnützigen Wohnbau könnten so hunderte Millionen Euro an zusätzlichem Investitionsvolumen geschaffen werden. Für die Sozialdemokratie ist klar: Bei Barrierefreiheit, Sicherheit und Wärmedämmung darf im Sinne der Mieter*innen nicht gespart werden.

Zuletzt rückt die nachhaltige Finanzierung in den Fokus. Die SPÖ fordert günstigere Kredite durch

eigene Wohnbaufinanzierungsinstitute, die Zweckbindung der Wohnbauförderung sowie die Übernahme der Pfandrechtseintragungsgebühr durch die Banken. Angesichts der jüngsten Milliarden Gewinne im Bankensektor ist dies eine gerechte und machbare Forderung.

BAUEN GEGEN DIE TEUERUNG

Die nachhaltige Entlastung bei den Wohnkosten gelingt nur, wenn wir das Angebot an leistbarem Wohnraum massiv und konsequent ausbauen. Wir bekennen uns deshalb zu einer österreichischen Wohnbau-Offensive: Ziel ist eine massive Neubau-offensive durch den kommunalen und gemeinnützigen Sektor. Durch die Zweckbindung der Wohnbauförderung, die Reaktivierung von Leerstand und eine aktive Bodenpolitik stellen wir sicher, dass Wohnen kein Spekulationsobjekt ist, sondern ein Grundrecht bleibt. Nur durch neuen, gemeinnützigen Wohnraum brechen wir die Preisspirale am privaten Markt dauerhaft.

Diese Wohnbau-Offensive finanzieren wir unter anderem durch die genannte Zweckbindung der Wohnbauförderung, aus Umwidmungszuschlägen und durch gezielte öffentliche Investitionsprogramme.

SICHERSTELLUNG DER INVESTITIONSKAPAZITÄT IM SOZIALEN WOHNBAU

Wir Sozialdemokrat*innen kämpfen seit Jahren gegen Bestrebungen der EU-Statistikbehörde Eurostat,



gemeinnützige Bauvereinigungen oder kommunale Wohnbaugesellschaften dem Staat zuzurechnen. Der soziale Wohnbau muss von der Eurostat-Reklassifizierung ausgeschlossen bleiben – damit kommunale und geförderte Bauinvestitionen nicht auf die Maastricht-Verschuldung angerechnet werden und die Schaffung von leistbarem Wohnraum weiterhin rechtlich abgesichert ist.

BONUS-MALUS-SYSTEM

Durch Änderungen im Wohnrecht (Wohnungseigentum und Miete) soll ein Rahmen für die anstehende Dekarbonisierung des Gebäudesektors

geschaffen werden, wobei eine Überwälzung des Mietzinses für bestehende Verträge auszuschließen ist. Mit einer fairen Übergangszeit muss sich die mangelnde Energieeffizienz für Mieter*innen als Kompensation für steigende Kosten in einer eingeschränkten Mietzinsbildung niederschlagen. Ziel ist es, aus den Mitteln des Bundesbudgets einen klaren Anreiz für Sanierungen zu schaffen und die Verantwortung für hohe CO₂-Emissionen gerecht zu verteilen. So sollen Vermieter*innen mit gezielten Förderungen für energetische Sanierungsmaßnahmen bei der Sanierung unterstützt werden. Bei mangelhaft sanierten Gebäuden ist dies bei der Mietzinsbildung zu berücksichtigen.

Der 47. ordentliche Bundesparteitag der SPÖ möge deshalb beschließen:

- Vereinheitlichung des Mietrechts: Um faire Mieten zu sichern und Rechtsunsicherheiten zu beseitigen, soll das Mietrecht vereinheitlicht werden.
- Wir fordern rechtliche Konsequenzen für Mietwucher.
- Sanierungen für alle: Wir stellen bundesweit sicher, dass Sanierungen sowohl fürs Eigenheim als auch für Mieter*innen möglich werden.
- Wir nützen Mittel aus dem Bundesbudget, um Wohnen klimafreundlich zu machen, führen ein Bonus-Malus-System ein, ökologisieren unser Mietrecht und setzen Maßnahmen für Hitzeschutz im Sommer.
- Wir fordern den Start einer bundesweiten Wohnbau-Offensive zur Schaffung von dauerhaft preisgebundenem Wohnraum.
- Die SPÖ befürwortet eine Prüfung der Ö-Normen beim Bau auf mögliche Kostentreiber, insbesondere dem gemeinnützigen Wohnbau – unter Berücksichtigung wichtiger Normen, unter anderem für Barrierefreiheit, Sicherheit und Wärmedämmung.
- Es gilt der Grundsatz Baurecht statt Verkauf: Freie Grundstücke im Besitz von Bund, Ländern, Gemeinden oder staatsnahen Unternehmen sollen in öffentlicher Hand bleiben. Wenn Liegenschaften frei werden, sollen zukünftige Nutzungsziele vor allem dem Bildungswesen, dem öffentlichen Gesundheitswesen und dem geförderten Wohnbau dienen.
- Wir fordern die Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderung
- Mit der Einführung eigener Wohnbaufinanzierungsinstitute ermöglichen wir eine Stärkung des leistbaren Wohnbaus, schaffen Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft und federn die steigenden Kosten im Wohnbau ab.
- Wir fordern die Wiedereinführung der Bundesförderung für gemeinnützige Studierendenwohnheime.
- Wir fordern den Ausschluss des gemeinnützigen Wohnbaus von der Eurostat-Reklassifizierung, damit kommunale und geförderte Bauinvestitionen nicht auf die Maastricht-Verschuldung angerechnet werden und die Schaffung von leistbarem Wohnraum weiterhin rechtlich abgesichert ist.

Industrieland mit Zukunft: Nachhaltige Produktion, sichere Beschäftigung

Unsere Bundeshymne hat recht: Österreich ist das Land der Hämmer. Ein Land der Erfinder*innen, der Facharbeiter*innen und vieler Betriebe, die seit Generationen das Rückgrat unserer Wertschöpfung bilden. Unsere Wirtschaft ist stark, weil in Werkshallen und Büros täglich Höchstleistungen erbracht werden.

Ja, die letzten Jahre waren hart. Die Preise und damit auch die Kosten sind durch die Inflation gestiegen. Kündigungswellen verunsichern nicht nur die Betroffenen, sondern das ganze Land. Schon prophezeien Schwarzmalerei den Niedergang des Standorts Österreich. Doch wir lassen uns dieses Land nicht von Spaltern schlechtreden. Wir Österreicher*innen haben kein Talent fürs Aufgeben und wir haben schon ganz andere Krisen gestemmt.

Endlich lassen wir die Rezession hinter uns. Jetzt gilt es, die Weichen so zu stellen, dass der Aufschwung bei jenen ankommt, die ihn erarbeiten. Eine erfolgreiche Wirtschaft aus sozialdemokratischer Sicht kennt keine Verlierer: Alle gewinnen – die Unternehmen, die Arbeitnehmer*innen und das Land. Das ist soziale Marktwirtschaft mit Zukunftsgarantie und eine Renaissance der aktiven Industriepolitik auf dem Weg zu technologischer Unabhängigkeit „Made in Europe“.

INNOVATION ALS SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG

Was möglich ist, wenn alle an einem Strang ziehen, zeigt unsere „Offensive Zukunftsstandort Österreich“. Wir definieren erstmals neun Schlüsseltechnologien – von Künstlicher Intelligenz über Energie- und Umwelttechnologie und Quantenwissenschaft bis zu Life Sciences – und wollen auch deren Auswirkungen erforschen. Die nötigen Investitionen bestreitet die Bundesregierung vor allem aus dem Pakt für Forschung, Technologie und Innovation (FTI). Um die klügsten Köpfe zu holen und zu halten, soll der Zugang zur Rot-Weiß-Rot-Card für jene erleichtert werden, die ihr Studium an einer österreichischen Hochschule abschließen. Neue Lehrberufe werden entstehen, internationale Forscher*innen eingeladen, bei uns zu arbeiten. Wissenschaftlicher Nachwuchs wird gefördert. Wir schaffen gerade die

Grundlage für den Sprung Österreichs zum Weltmarktführer in Nischentechnologien.

WISSEN ORDNEN, ZUKUNFT SICHERN: UNSERE HOCHSCHULSTRATEGIE 2040

Doch technologische Marktführerschaft entsteht nicht im luftleeren Raum. Deshalb baut die SPÖ den Dialog zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft weiter aus und stärkt Kooperationen – mit dem Ziel, diese Bereiche enger zu verzahnen und das Vertrauen in wissenschaftliche Prozesse zu stärken.

Mit unserer Hochschulstrategie 2040 rücken wir soziale Gerechtigkeit und Chancengerechtigkeit wieder ins Zentrum der akademischen Welt. Wissenschaft muss dem Fortschritt aller dienen, Angst vor der Zukunft nehmen und fit für kommende Herausforderungen machen.

Wir setzen auch dem akademischen Prekariat ein Ende, indem wir faire Arbeitsbedingungen und verlässliche Karrierewege zur Norm machen. Indem wir lebensbegleitendes Lernen und Durchlässigkeit zwischen allen Institutionen forcieren, brechen wir zudem veraltete Barrieren auf. Wir stärken die demokratische Verantwortung und Gestaltungskraft unserer Hochschulen als wehrhafte Orte der Freiheit und Aufklärung.

WIR BRINGEN DIE BAHN AUF SCHIENE

In dieser Phase des vorsichtigen Optimismus müssen wir unsere kritische Infrastruktur schützen: Unsere Schienen, unsere Netze und unser Know-how stehen nicht zum Ausverkauf. Dafür haben wir Sozialdemokrat*innen seit Jahren gekämpft. Wir verwalten aber nicht bloß – Österreich investiert. Rund 20 Milliarden Euro fließen bis 2030 in die österreichische Bahn – und hier vor allem in die West- und Südoststrecke und das Nahverkehrsnetz in Ballungsräumen. Wir senken die Kosten für Bahnstrom: Der Umstieg auf die Schiene soll sich für Unternehmen auch rentieren. Wir ordnen damit den österreichischen Verkehr neu und stellen die Weichen für eine nachhaltige Mobilität, die Österreich mit der Zukunft verbindet und Klimaschutz ermöglicht.

ENERGIE ALS LEBENSADER EINER FUNKTIONIERENDEN WIRTSCHAFT

Wirtschaft braucht Planungssicherheit. Damit Betriebe Arbeitsplätze absichern statt abbauen, beenden wir das Zittern vor der Stromrechnung. Wir bauen eine stabile Brücke bis 2029: Mit dem Standortabsicherungsgesetz und einem Industriestrompreis von 5 Cent pro Kilowattstunde entlasten wir Österreichs Firmen um 250 Millionen Euro jährlich – fair finanziert durch einen Beitrag der Energiewirt-

schaft. Eine starke Industrie ist kein Widerspruch zu sozialer Politik, sondern deren Voraussetzung. Industriearbeitsplätze sind gut bezahlt, kollektivvertraglich abgesichert und das Fundament unseres Wohlstands.

Hoffnung ist eine Entscheidung. Wir haben das Know-how, um wieder ganz vorne mitzuspielen. Ordnen wir dieses Land neu: für eine Wirtschaft, die den Menschen dient und alle stärkt.

Der 47. ordentliche Bundesparteitag der SPÖ möge deshalb beschließen:

- Wir werden alles tun, um Arbeitsplätze zu sichern und durch gezielte Investitionen neue Industriearbeitsplätze in Zukunftstechnologien zu schaffen.
- Wir machen Österreich zum Weltmarktführer in ausgewählten Schlüsseltechnologien.
- Wir bauen Produktionsstätten für nachhaltige Technologien in ganz Österreich.
- Arbeiten im Wohnort: Wir stärken die Regionen
- Wir stehen für die Absicherung des FTI-Pakts und das Ziel, 4 Prozent des BIP bis 2030 in die Forschung zu investieren.
- Green Jobs „Made in Austria“: Wir fördern Wissen und Know-how in Zukunftstechnologien durch Weiterbildungen, die Schaffung von Lehr- und Ausbildungsberufen und Qualifikationsmaßnahmen.
- Österreich als Industriestandort für Europa: Wir fördern die Forschung und Entwicklung von Pharmazeutika, erneuerbaren Energien und Halbleitertechnologie, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit der EU von großen Wirtschaftsmächten voranzutreiben.
- Für die strategische Auftragsvergabe, gegen das Billigstbieterprinzip: Öffentliche Aufträge sollen nicht allein auf Basis des niedrigsten Preises vergeben werden. Vergaben sollen nach dem Knock-out-Prinzip zwingend an soziale, ökologische, regionale und qualitative Kriterien gebunden werden.
- Wir fordern die Einführung eines europäischen Mindestwertschöpfungsanteils bei öffentlichen Ausschreibungen: Die Vergabe öffentlicher Aufträge soll an verbindliche Anteile europäischer Produktion und Dienstleistungen gekoppelt sein, um Resilienz und Beschäftigung im Binnenmarkt zu stärken.
- Wir fordern den Schutz der europäischen Industrie vor Dumping-Importen aus Drittstaaten.
- Wir bekennen uns zur Wissenschaft als öffentliches Gut.
- Mit unserer Hochschulstrategie 2040 stärken wir freie Wissenschaft und Forschung und beenden das akademische Prekariat – durch faire Arbeitsbedingungen und verlässliche Karrierewege in der akademischen Welt als Norm.



ORDNUNG am Arbeitsmarkt

Neben der längsten Rezession, dem höchsten Budgetdefizit und der schlimmsten Teuerung in der Zweiten Republik haben wir von den Vorgängerregierungen auch eine massive Arbeitsmarktkrise geerbt. Auch wenn die Konjunktur anzieht, bleibt der Arbeitsmarkt im Zentrum unserer Aufmerksamkeit. Mit der neuen Fachkräftestrategie 2026 leiten wir eine Zeitenwende am Arbeitsmarkt ein. Wir begreifen Qualifizierung als lebensbegleitendes Versprechen – von der Elementarbildung bis zur beruflichen Weiterbildung. Indem wir eine Qualifizierungsoffensive starten und die Lehre stärken, sichern wir unseren Wirtschaftsstandort und den sozialen Zusammenhalt. In unserem sozialdemokratischen Österreich zählt das Können genauso wie das Kennen: In diesem Wandel wird niemand zurückgelassen.

DIE WERTVOLLSTE RESSOURCE: ERFAHRUNG

Wir setzen uns für einen Arbeitsmarkt ein, der auch älteren Beschäftigten die Chancen gibt, die sie verdienen. Mit einem Anreizsystem für Betriebe, auch ältere Beschäftigte aufzunehmen, setzen wir ab

2027 einen klaren Schwerpunkt und stellen entsprechende Budgetmittel bereit.

Wer ein Leben zum Wohlstand des Landes beigetragen hat, darf nicht zum Bittsteller werden. Während die Erwerbsquote der über 55-Jährigen steigt, bleibt die Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe überdurchschnittlich hoch. Ein Arbeitsmarkt, der auf Erfahrung verzichtet, verliert. Unsere Aktion 55+ bringt diese wertvolle Ressource zurück in die Betriebe und Generationen zusammen. Mit 50 Millionen Euro jährlich fördern wir bis zu 6.000 Arbeitsplätze für Langzeitarbeitsuchende – für sinnstiftende Jobs zu fairen Tarifen.

Dabei haben wir es mit harten Gegnern zu tun. Während die Mehrheit der Unternehmen ihre Abgaben entrichten und ihre Mitarbeiter*innen gerecht entlohnen, gibt es jährlich tausende Beweise, die das Gegenteil zeigen. Lohn- und Sozialdumping sind Gift für unsere Gesellschaft – sie stehlen Ansprüche und schaden ehrlichen Betrieben. Dass die Verurteilungen von Scheinunternehmen zuletzt um 600 Prozent explodiert sind, zeigt die kriminelle Energie



dieser Betrüger. Damit ist nun Schluss: Seit Jänner 2026 müssen Arbeitszeiten bereits bei der Anmeldung zur Sozialversicherung gemeldet werden. Das ist die entscheidende Stopptaste für das Geschäftsmodell Scheinunternehmen.

DAS ARBEITSLEBEN IN WÜRDE VOLLENDEN

Wer ein Leben lang hart gearbeitet hat, verdient Sicherheit im Alter statt Kürzungen durch die Hintertür. Unter den beiden Vorgängerregierungen wurde unser Pensionssystem schwer beschädigt – und nun fordern Konservative und Neoliberale eine generelle Anhebung des Pensionsantrittsalters. Nicht mit uns.

Die Sozialdemokratie steht gegen spalterische Versuche, Ältere und Jüngere in der Pensionsdebatte gegeneinander auszuspielen. Unser solidarisches Pensionssystem, eine der größten Errungenschaften der Sozialdemokratie, bleibt.

Es nützt niemandem, das Pensionsantrittsalter auf über 65 Jahre zu erhöhen, wenn viele unter 60 den Job verloren haben und aus der Arbeitslosigkeit in Pension gehen. Statt über die Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters zu phantasieren, müssen die Grundlagen unseres Pensionssystems gestärkt werden: Gute Arbeitsbedingungen, gesunde Arbeitszeiten und faire Löhne sind der Schlüssel für sichere Pensionen.

Der 47. ordentliche Bundesparteitag der SPÖ möge deshalb beschließen:

- Klarer Schwerpunkt auf die Förderung von Älterenbeschäftigung.
- Das Projekt 55+ soll vom Leuchtturm- zum Regelprojekt des AMS werden. Unser langfristiges Ziel ist eine echte Jobgarantie für ältere Menschen, die am Arbeitsmarkt als chancenlos beurteilt werden.
- Wir fordern den Ausbau der personellen und budgetären Ressourcen des AMS, um die aktive Arbeitsmarktpolitik zu stärken.
- Wir sagen Nein zu einer Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters.
- Wir fordern die Sicherstellung von Dienstplan-Verlässlichkeit zur besseren Planbarkeit von Arbeits- und Freizeit, insbesondere im Gesundheits- und Sozialbereich.
- Wir setzen die Fachkräftestrategie konsequent um: durch eine breite Qualifizierungsoffensive, die Stärkung von Lehre und Berufsbildung
- Wir fordern eine bundesweite Vereinheitlichung der Sozialhilfe.



Gut leben - überall in Österreich

Lebensqualität darf keine Frage der Postleitzahl sein. Wer arbeitet und Steuern zahlt, soll die Freiheit haben, den eigenen Lebensentwurf überall in Österreich verwirklichen zu können. Wo bisher von den Menschen „geordnete Verhältnisse“ verlangt wurden, drehen wir den Anspruch um: Menschen haben das Recht auf eine verlässliche, beständige Lebensumgebung.

Das bedeutet: eine gute Infrastruktur und Nahversorgung, das Recht auf analoges Leben, auf Bargeld, die Möglichkeit für ein Sozialleben und sich in Vereinen zur Stärkung der Region zu organisieren, die Primärversorgung in der Nähe wissen, eine Familie gründen und in vertrauter Umgebung alt werden können. Ein öffentlicher Raum, der auch wirklich für die Öffentlichkeit gemacht ist.

Der 47. ordentliche Bundesparteitag der SPÖ möge deshalb beschließen:

- Wir fordern die gleiche Lebensqualität für alle Österreicher*innen, unabhängig vom Wohnort.
- Das Recht auf Bargeld: Wir begrüßen die Anstrengungen der Oesterreichischen Nationalbank, österreichweit 120 Bankomaten aufzustellen – wir fordern jedoch weitere Schritte für die flächendeckende Bargeldversorgung.
- Der Rechtsanspruch auf analoges Leben muss auf allen Ebenen abgesichert werden.
- Wir fordern die Förderung der Ortskernbelebung – damit die Menschen ihren Alltag in vertrauter Umgebung gestalten können.



Ein fairer Start ins Leben: Jedes Kind ist gleich viel wert

Wo die soziale Schere immer weiter aufgeht, droht das Fundament unserer Gemeinschaft zu bröckeln. Wer heute von einem gerechten Österreich spricht, darf nicht zulassen, dass die Herkunft über die Zukunft entscheidet oder Kinderarmut zum Normalzustand wird.

Wir überlassen das Schicksal unserer Kinder nicht dem Zufall des Marktes oder dem Kontostand der Eltern. Wir schaffen klare Strukturen, die Sicherheit bieten, statt die Gesellschaft in Gewinner und Verlierer zu teilen. Unser Fokus liegt dabei auf jenen, die Unterstützung am dringendsten brauchen: Alleinerziehende und ihre Kinder – jene „Abgehängten“, über die oft gelästert wird und denen man die Schuld an Systemfehlern zuschiebt, für die sie nichts können.

DAS ENDE DES ALMOSEN-PRINZIPS: KINDERGRUNDSICHERUNG UND MITTAGSTISCH

Tablets und KI sind wichtig, doch die beste Technik hilft nichts, wenn Kinder hungrig im Unterricht sitzen. Ein kostenloses, warmes Mittagessen darf in Österreich kein Privileg sein, sondern muss zum Standard an jeder Schule werden. Dass die flächen-deckende Versorgung oft noch vom Gutdünken der Gemeinde abhängt, ist eine absurde soziale Spaltung. Wir fordern deshalb eine bundesweite Garantie: ein kostenloses, warmes, gesundes Mittagessen für jedes Kind ab dem ersten Tag im Bildungssystem. Das ist keine Sozialromantik, sondern eine notwendige Investition in die Gesundheit der nächsten Generation.



DIE CHANCEN-OFFENSIVE: BILDUNGSERFOLG DARF KEINE FRAGE DES ERBES SEIN

An Österreichs Schulen wird das Schicksal oft schon am ersten Schultag besiegelt. Um diesen Kreislauf zu durchbrechen, fordern sozialdemokratische Bildungsexpert*innen seit bald zehn Jahren den AK-Chancenindex: Dieser berechnet die zusätzlich nötige finanzielle Förderung. Mit dem Schuljahr 2026/27 wird der „Chancenbonus“ Realität: Jährlich fließen insgesamt 65 Millionen Euro direkt an Standorte mit besonderem Unterstützungsbedarf. Das ist nicht nur eine Frage der Bildungsgerechtigkeit, sondern ein Akt ökonomischer Vernunft. Denn jeder Euro für Brennpunktschulen heute erspart uns morgen die Kosten des sozialen Scheiterns.

Kinderarmut ist kein Naturereignis, sondern die Folge politischer Unterlassung. Die Würde des Menschen ist unantastbar: Niemand in diesem Land soll mehr aus dem sozialen Netz fallen. Schon gar nicht unsere Kinder.

GEMEINSAM LERNEN, GEMEINSAM WACHSEN

Und wir gehen noch weiter. Eine gesetzlich verankerte Kindergrundsicherung ist das zentrale Versprechen der SPÖ. Das aktuelle System aus Familienbeihilfe und Steuerboni fördert einkommensstarke Familien paradoxerweise oft stärker als jene in Armut. Unser Drei-Säulen-Modell sieht einen Universalbetrag für jedes Kind vor, ergänzt um einen einkommensabhängigen Betrag.

Auch deshalb setzen wir Sozialdemokrat*innen auf das Modell der gemeinsamen Schule für alle Kinder bis 14 Jahre. Durch längeres gemeinsames Lernen und entsprechende Förderung erreichen wir echte Chancengerechtigkeit – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder dem sozialen Hintergrund. Wir schaffen damit eine Lernumgebung, die niemanden zurücklässt und Bildungserfolg endlich vom Elternhaus entkoppelt.

Der 47. ordentliche Bundesparteitag der SPÖ möge deshalb beschließen:

- Wir erneuern unser Bekenntnis: Wir lassen kein Kind zurück.
- Immer noch, immer wieder: Wir fordern eine Kindergrundsicherung.
- Wir fordern bundesweit einheitliche Anstrengungen zur Armutsbekämpfung bei Kindern
- Wir fordern die langfristige Absicherung und Ausweitung des Chancenbonus für Brennpunktschulen.
- Mit einer gemeinsamen Schule für alle Kinder bis 14 Jahre erreichen wir mehr Chancengerechtigkeit, längeres gemeinsames Lernen und Fördern. Damit sichern wir gerechtere Bildungschancen unabhängig von Einkommen oder sozialem Hintergrund für alle Kinder ab.
- Wir fordern ein warmes, gesundes, kostenloses Mittagessen für jedes Kind in Österreich ab dem Eintritt in den Bildungsweg.



Sicherheit für eine neue Ära: Schutz, **ORDNUNG** und Zusammenhalt

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis jedes Menschen und das Fundament, auf dem er seine Existenz baut. Sicherheit ist ein Grundrecht und damit ein Kernauftrag der Politik. Die Bedrohung der Sicherheit, der Menschen in Österreich heute ausgesetzt sind, hat viele Facetten, die einzeln betrachtet und doch gemeinsam gedacht werden müssen. Die Einteilung in „innere“ und „äußere“ Sicherheit funktioniert dabei an vielen Stellen nur noch in der Theorie.

Wir sehen es als eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie, Systeme so zu ordnen, dass sie handlungsfähig bleiben. Eine belastbare Sicherheitsarchitektur für die Ära des globalen Umbruchs verlangt staatliche Intervention und Prävention, eine stabile Vernetzung der Sicherheits-Module und eine klare Befehlskette.

DIE KRISENFESTE REPUBLIK: DASEINSVORSORGE IST STAATSAUFGABE

Naturkatastrophen, Pandemien oder Cyberangriffe auf das Stromnetz sind keine abstrakten Szenarien,

sondern reale Bedrohungen. Wir nehmen die anhaltende Kritik des Rechnungshofs ernst: Die Zersplitterung der Zuständigkeiten ist ein Sicherheitsrisiko. Österreich braucht ein echtes Bundes-Krisenmanagement, das diesen Namen verdient und über das bestehende Krisensicherheitsgesetz hinausgeht: einen Masterplan für die gesamte Daseinsvorsorge – von den Kraftwerken bis zur medizinischen Logistik.

Kritische Infrastruktur gehört unter staatlichen Schutz. Wir überlassen das Überleben dieser Republik nicht dem Markt. Dazu gehört die verfassungsrechtliche Absicherung von Schlüsselsektoren wie der Trinkwasser- und Energieversorgung. Nur ein Staat, der seine Versorgungssicherheit als Kernaufgabe begreift, bleibt im Ernstfall handlungsfähig.

VERNETZTE ABWEHR: EINE NEUE PLATTFORM GEGEN TERRORISMUS

Der Kampf gegen den Extremismus und Terrorismus muss generell neu strukturiert werden. Das geht aus unserer Sicht am besten in Form eines eigenen Ex-

tremismus- und Terrorismus-Abwehrzentrums: eine Kooperationsplattform für alle Sicherheitsbehörden und Stakeholder – vom Staatsschutz bis zum Jugendamt. So erkennen und steuern wir frühzeitig terroristische Angriffspläne oder Radikalisierung.

HALT STATT HÄRTE: PRÄVENTION ALS FUNDAMENT

Effiziente Sicherheitspolitik ist die Summe aus sozialer Prävention und staatlicher Konsequenz. Sie beweist sich nicht durch die Härte der Strafe nach der Tat, sondern durch deren Verhinderung im Vorfeld. Anders gesagt: Wer die Gewaltspirale stoppen will, muss dort eingreifen, wo sie beginnt sich zu drehen – etwa durch das von der SPÖ durchgesetzte schärfere Waffengesetz oder den Ausbau der Bereiche Schulpsychologie und Sozialarbeit. Die im Regierungsprogramm vorgesehene Ausweitung von Extremismusprävention und Deradikalisierung sowie von Ausstiegsprogrammen in Schulen und Gefängnissen ist das Ergebnis unserer Arbeit, aber nur ein guter Anfang.

Ein Gefängnis darf nicht zur Schule für neue Straftaten werden: Sozialdemokratische Sicherheitspolitik setzt auf einen zeitgemäßen Strafvollzug und interdisziplinäre Strukturen für Resozialisierung und Deradikalisierung.

RECHTSEXTREMISMUS: NICHT BLOSS EINE BEDROHUNG VON VIELEN

Effiziente Prävention zwingt zu Ehrlichkeit: Wir müssen die größten Gefahren klar benennen. Die Sozialdemokratie versteht sich als geschichtlich beauftragte Kämpferin gegen den Rechtsextremismus. Dazu gehört die Umsetzung des von uns vorangetriebenen Nationalen Aktionsplans gegen Rechtsextremismus, der Präventionsprogramme in Schulen und Jugendeinrichtungen, verstärkte Opferunterstützung, Strategien zur Bekämpfung von Hass im Netz sowie Aussteigerprogramme umfasst.

Die Wiedereinführung eines jährlichen Rechtsextremismusberichts nach mehr als 20 Jahren ist ein Zeichen, dass stetiger Antrieb hilft. Die SPÖ wird hier weiterhin vorangehen.

RELIGIÖSER EXTREMISMUS UND SEINE VIELEN GESICHTER

Wir erleben eine Ära des religiösen Fundamentalismus. Der Aufstieg extremistischer Glaubensnarrative zum politischen Machtfaktor zwingt uns dazu,

neue Wege zu gehen, um demokratiefeindliche Einflussnahme aus dem Ausland zu stoppen.

Politische Einflussnahme unter dem Deckmantel der Religion und religiös verbrämter Terrorismus gehen heute häufig von Akteuren der islamischen Welt aus. Eine pauschale Diffamierung des Islam und der muslimischen Gemeinschaft lassen wir jedoch nicht zu. Wir bekämpfen die Diskriminierung von Muslim*innen mit derselben rechtsstaatlichen Konsequenz, mit der wir gegen Extremist*innen vorgehen.

Der sozialdemokratische „Eingriff in die Gewaltspirale“ bedeutet hier zuerst eine Austrocknung der Geldflüsse mittels gesetzlicher Neuregelungen – und einen Förderungsstopp für Gruppierungen, die demokratische Grundwerte ablehnen oder parallele Gesellschaftsstrukturen aufbauen. Die Kontrolle sehen wir bei einer eigenen Einheit im von uns vorgeschlagenen Extremismus- und Terrorismus-Abwehrzentrum.

SCHUTZ VON MINDERHEITEN: UNSERE PFLICHT ALS SOZIALDEMOKRAT*INNEN.

Aus unserer historischen Verantwortung und unserem tiefsten Selbstverständnis heraus sind wir die Garantin für ein Leben ohne Angst vor Verfolgung – das gilt für die jüdische Gemeinschaft ebenso wie für die LGBTIQ+ Community, für Menschen mit Behinderungen oder mit Fluchtgeschichte. Wir schulden es uns selbst und dem Andenken an die Opfer des Faschismus, die Sozialdemokratie als kompromisslose Schutzmacht der Minderheiten und Marginalisierten zu positionieren.

GEORDNET GEGEN HASSVERBRECHEN

Wir Sozialdemokrat*innen haben das progressivste LGBTIQ+ Kapitel der Zweiten Republik im Regierungsprogramm verankert – vom Verbot aller hochgefährlichen Konversionsmaßnahmen über den Fokus auf diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung bis zum gesamtgesellschaftlichen Einsatz gegen die ansteigenden Hassverbrechen. Doch diesem Meilenstein steht eine erschreckende Zunahme der Gewalt gegen Mitglieder der LGBTIQ+ Community gegenüber. LGBTIQ+ Personen sind wachsendem Hass und organisiertem Kulturkampf durch ideologisch, religiös oder kulturell motivierte Gruppen ausgesetzt. Die Sozialdemokratie erklärt: Wir opfern unsere Errungenschaften für gesellschaftliche Gerechtigkeit nicht den Spaltern – wo auch immer diese sich zeigen.

TERRORISMUSABWEHR IM DIGITALEN RAUM

Eine eigene Schiene stellen die digitalen Strukturen hinter der Bedrohung dar. Eines unserer expliziten Ziele: Wir Sozialdemokrat*innen wollen mittels EU-weiter Zusammenarbeit erreichen, dass Online-Plattformen extremistische Inhalte schnellstmöglich löschen müssen.

Effiziente Terrorismusabwehr erfordert auch die Konturierung bestehender Strukturen, wie es etwa der verhinderte Anschlag auf das Taylor-Swift-Konzert 2024 zeigte: Es braucht eine gesetzliche Regelung zur Kontrolle privater Sicherheitsdienste. Unser Entwurf für ein Sicherheitsdienstleistungsgesetz liegt auf dem Tisch – unterstützt von den Gewerkschaften und jederzeit umsetzbar.

MILITÄRISCHE SOUVERÄNITÄT: DIE WEHRHAFTE NEUTRALITÄT

Wehrdienst ist Dienst an der Gemeinschaft, kein Zwang. Unsere wehrhafte Neutralität erfordert ein handlungsfähiges Bundesheer. Um die Zahl der Milizsoldat*innen zu steigern, setzen wir auf die Attraktivierung des Präsenzdienstes und auf Anreize für die Einjährige Freiwillige Ausbildung. Eine Wehrpflicht für Frauen lehnen wir ab. Eine Reform des Grundwehrdienstes darf nicht übers Knie gebrochen werden: Dazu bedarf es einer fundierten Debatte über Arbeitsrecht und Finanzen unter

Einbindung der Sozialpartner. Jede Entscheidung hat nachhaltige Folgen für die kommenden Generationen junger Menschen. Die Sozialdemokratie steht in diesem Punkt für eine sorgfältige Abwägung des Bedarfs, der Verhältnismäßig- und Planbarkeit.

SICHERHEIT DURCH KOOPERATION

Österreichs Neutralität ist unantastbar. Das bedeutet in erster Linie: kein NATO-Beitritt. Wir beteiligen uns an der europäischen Zusammenarbeit (GASP), stehen aber zur Neutralität als rote Linie. Über die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) stärken wir Technik, Beschaffung und Training. Das sichert europäische Souveränität und Vereinbarkeit mit unserer Neutralität.

PARLAMENTARISCHE KONTROLLE SCHAFFT SICHERHEIT

Leistungsstarke Nachrichtendienste brauchen parlamentarische Kontrolle. Als Firewall des Rechtsstaats agiert ein umfassender Verfassungsschutz an der Schnittstelle zwischen innerer und äußerer Sicherheit. Um Österreichs Rolle als Wirtschaftsstandort und Zentrum der internationalen Diplomatie abzusichern, werden wir die Spionageabwehr gezielt ausbauen. Parallel dazu fordern wir die konsequente Umsetzung des Trennungsgebots zwischen polizeilichen Ermittlungsaufgaben und nachrichtendienstlicher Informationsbeschaffung.

Der 47. ordentliche Bundesparteitag der SPÖ möge deshalb beschließen:

- Wir fordern die Einrichtung eines Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrums als Kooperationsplattform aller beteiligten Instanzen.
- Die Sozialdemokratie bekennt sich zur Prävention als wirksamste Methode zur Verhinderung von Gewalt, Terrorismus und Radikalisierung.
- Wir fordern die Umsetzung unseres Vorschlags eines Sicherheitsdienstleistungsgesetzes.
- Den Nationalen Aktionsplan gegen Hate Crime finalisieren: Wir fordern die Forcierung und Vorlage des Nationalen Aktionsplans gegen Hate Crime gemeinsam mit Betroffenen und Selbstvertretungsgruppen.
- Den Rechtsrahmen schärfen: Wir fordern die Prüfung und Verbesserung der bestehenden Rechtslage auf ihre Wirksamkeit gegen Hate Crime und Hate Speech mit Fokus auf den digitalen Raum.

Wir stärken die demokratische Resilienz

Echte Sicherheit ist mehrdimensional. Sie schützt nicht nur den öffentlichen Raum, sondern auch die Integrität unserer Debatten und den persönlichen Denkraum vor der Indoktrination durch rechtsextreme oder islamistische Agitatoren, Sexismus und Frauenhass.

In Österreich nutzen 93 Prozent der Zehn- bis 18-Jährigen soziale Netzwerke. Social Media sind eine Industrie der Abhängigkeit und Verunsicherung: Algorithmen fesseln stundenlang an Displays, unrealistische Körperbilder erzeugen permanenten Vergleichszwang. Jede*r vierte Jugendliche fühlt sich durch digitalen Druck massiv belastet – die Folgen reichen von psychischer Erschöpfung bis zu fast 50 Prozent mehr Fällen von Essstörungen. Während wir für jedes Spielzeug strenge Schadstoffgrenzen festlegen, läuft in den Kinderzimmern ein unkontrolliertes Experiment am offenen Herzen der Gesellschaft.

EIN SCHUTZWALL GEGEN DIE DIGITALE FLUT

Wir stehen für Ordnung im digitalen Raum. Diese Ordnung beginnt bei einem Schutzalter für die Nutzung sozialer Medien. Wir begrüßen eine Lösung auf EU-Ebene, nehmen jedoch für uns in Anspruch, inzwischen ein nationales Gesetz zu erarbeiten. Darin regeln wir Mindestalter, Haftungen und Sorgfaltspflichten. Wer Manipulation zur Verkaufsstrategie macht, trägt die Verantwortung für seine

Konsument*innen. Wir rechtfertigen uns nicht für den Schutz unserer Kinder: Es ist unser Job.

QUALITÄTSMEDIEN ALS DIAGNOSEZENTRUM DER DEMOKRATIE

Manipulation findet überall dort statt, wo aus Kalkül Falschinformationen und Emotionalisierung eingesetzt werden. Sie vergiftet das gesellschaftliche Klima, das es gemeinsam zu schützen gilt. Eine zentrale Rolle spielen traditionelle Massenmedien: Die „vierte Gewalt“ ist das Korrektiv der Mächtigen und der Filter der Wahrheit. Wir stehen für eine Politik, die Medien in ihrem Auftrag unterstützt – und ihre Verantwortlichkeit klar benennt: Wir knüpfen Medienförderungen an Qualitätsstandards. Mit ihrem Steuergeld investieren die Österreicher*innen in Sicherheit und Ordnung. Wer mit Fake News und Agitation Kasse macht, darf keine Unterstützung erwarten.

MEDIENKOMPETENZ ALS IMMUNKRAFTVERSTÄRKER

Mehr als 80 Prozent der Jugendlichen stoßen im Netz auf Falschmeldungen. Wir müssen dagegen immunisieren. Mit gefördertem Zugang zu Qualitätsmedien stärken wir zugleich den unabhängigen Journalismus. Wer journalistische Standards lernt, vermag recherchierte Nachrichten von algorithmisch gepushten Hetz-Posts zu unterscheiden. Wir bauen so die stärkste Waffe gegen Desinformation: kritisches Denken.

Der 47.ordentliche Bundesparteitag der SPÖ möge deshalb beschließen:

- Wir nehmen die Plattformen in die Pflicht: Für eine stärkere Kontrolle und Verantwortung der Social-Media-Plattformen für veröffentlichte Inhalte.
- Wir fordern explizit eine Verpflichtung der Betreiber von Online-Plattformen zum sofortigen Löschen extremistischer Inhalte.
- Wir schaffen einen verbindlichen Ordnungsrahmen für die digitale Sicherheit unserer Kinder – einschließlich eines gesetzlichen Mindestalters zur Nutzung von Social Media (Social-Media-Verbot für Kinder).
- Wir treiben die Erarbeitung und Umsetzung von Qualitätsstandards für Massenmedien zur Neuordnung der Medienförderungen voran.
- Wir fördern den Zugang für junge Menschen zu journalistischen Medien.
- Wir stärken und professionalisieren die Erwachsenenbildung, um flächendeckend qualitätsvolle Angebote für lebensbegleitendes Lernen zu schaffen.

Asyl und Integration: **ORDNEN STATT SPALTEN** als sozialdemokratische Pflicht

Die Welt ist im Umbruch: Mehr als 300 Millionen Menschen leben außerhalb ihres Geburtslandes – doppelt so viele wie 1990. Bei Massenbewegungen braucht es eine klare Organisationsstruktur mit transparenten Leitlinien, kompetenter Begleitung und vordefinierten Abläufen.

Die Rechtspopulisten spalten jedoch das Land und torpedieren die Reparatur von Systemfehlern. Die Folge sind Verunsicherung, Desinformation und Missstände. Wir sehen uns in der Pflicht, diesem Chaos entschlossen entgegenzutreten.

WER, WENN NICHT WIR?

Österreich als Einwanderungsland ist eine Erfolgsgeschichte. Wir haben seit 1955 sechs große Wellen von Geflüchteten aufgenommen und ihnen eine bleibende Heimat gegeben. Wir mussten uns manchmal zusammenraufen, haben aber stets zusammengefunden. Wir müssen niemandem beweisen, dass wir Weltoffenheit und Vielfalt hochhalten – wir leben beides jeden Tag. Das Problem sind jene, die einen Keil in unsere Gesellschaft treiben. Wir Sozialdemokrat*innen spalten nicht, sondern übernehmen Verantwortung: Wir erkennen Probleme an und bringen sie in Ordnung.

ZUSAMMEN SIND WIR MEHR: FÜR EINE EUROPÄISCHE ASYLSTRATEGIE

Effiziente Asylpolitik setzt nicht auf nationale Alleingänge. Wir tragen die Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), das im Juni 2026 in Kraft tritt, verantwortungsbewusst mit: Wir vereinheitlichen Asylstandards, beschleunigen Verfahren und sorgen für eine faire Verteilung der Asylwerber*innen innerhalb der EU. Wir tragen auch ein gemeinsames Rückkehrsystem und Rückkehrzentren im Ausland mit – unter der Bedingung, dass

Menschenrechte und Rechtssicherheit gegeben sind. Das beinhaltet die individuelle Prüfung von Fluchtgründen – auch für Bürger*innen aus Ländern, die von der EU-Kommission als „sicher“ eingestuft werden.

Niemand verlässt freiwillig Heimat und Familie. Jede*r hat das Recht auf ein sicheres Leben daheim – das verpflichtet uns zur Stärkung von Menschenrechten und der Wirtschaft in den Herkunftsländern.

INTEGRATION AB TAG EINS

Asylwerber*innen sollen bei der Integration in die österreichische Gesellschaft unterstützt werden. Wir setzen dabei auf „Integration ab Tag eins“ als stärksten Faktor: Grundversorgung, Sprach- und Wertekurse und rascher Zugang zu Arbeitsmarkt, Bildung und sozialer Infrastruktur. Wer die Vorteile einer sozialen, demokratischen Gesellschaft persönlich erfährt, wird diese aus größerer Überzeugung mittragen.

Es gibt keine Ordnung ohne Menschlichkeit – und keine Menschlichkeit ohne Ordnung. Wir bekennen uns zu einem weltoffenen, vielfältigen Österreich, in dem jede*r in Sicherheit und Freiheit den eigenen Lebensentwurf verwirklichen kann – und ebenso zu einem robusten Abwehrmechanismus gegen Bedrohungen unserer offenen Gesellschaft.

Wer die Mitwirkung nachhaltig verweigert, verliert unsere Unterstützung – die Folgen reichen von Kürzung bis zur Streichung von Leistungen. Asylwerber*innen und -berechtigten, die straffällig oder zum Sicherheitsrisiko werden, drohen neben rechtsstaatlichen Konsequenzen wie Haftstrafen auch die Aberkennung des Schutzstatus oder die Abschiebung. Wir wollen auch die Möglichkeit zur Verbüßung von Haftstrafen in Herkunfts- oder Dritt-

staaten vorantreiben – die Bedingung dafür ist menschenrechtskonforme Behandlung.

FÜR EINE GEORDNETE ÜBERGABE DER STAATSBÜRGER*INNENPFLICHTEN

Wer hier Steuern zahlt und das System stützt, braucht ein Stimmrecht – sonst wächst ein Demokratiedefizit. Eine erste Entbürokratisierung bei der Erlangung der Staatsbürger*innenschaft haben wir bereits auf den Weg gebracht. Wir wollen aber weitere Hürden abbauen und Einkommensgrenzen überarbeiten – damit es nicht vom Einkommen abhängt, ob jemand das Wahlrecht bekommt.

Was wir ebenfalls erreichen wollen: Die Möglichkeit eines Spurwechsels für langjährig geduldete Personen, die in Mangelberufen tätig sind. Durch einen echten Aufenthaltstitel – etwa über das Bleiberecht – beenden wir so den Zustand der kontinuierlichen Unsicherheit.

ORDNUNG MIT HALTUNG

Das ist unser Ordnungskonzept für ein funktionierendes Asyl- und Integrationssystem. Wir sind bereit, die Verantwortung zu tragen: für eine Republik, die niemanden zurücklässt – und niemanden schutzlos preisgibt.

Der 47. ordentliche Bundesparteitag der SPÖ möge deshalb beschließen:

- Wir bekennen uns zur Rechtsstaatlichkeit aller Stationen des Asyl- und Integrationsprozesses.
- Wir tragen die Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), das im Juni 2026 in Kraft tritt, verantwortungsbewusst und unter Einhaltung der EMRK mit.
- Für Integration ab Tag eins: Asylwerber*innen erhalten raschen Zugang zur Grundversorgung, zu Sprach- und Wertekursen sowie zum Arbeitsmarkt, Bildung und sozialer Infrastruktur.
- Für klare Regeln und Fairplay: Bei Verweigerung der Integrationsauflagen drohen Konsequenzen – von der Kürzung bis zur Streichung der finanziellen Unterstützung.
- Wir stehen für die strikte Anwendung der rechtsstaatlichen Mittel für Asylwerber*innen und Asylberechtigte, die straffällig oder zum Sicherheitsrisiko werden. Die Konsequenzen reichen von der Aberkennung des Schutzstatus bis zur Abschiebung.
- Wir fordern die Möglichkeit zur Verbüßung von Haftstrafen in Herkunfts- oder Drittstaaten – die Bedingung dafür ist menschenrechtskonforme Behandlung.
- Wir fordern eine Senkung bürokratischer Hürden und Einkommensgrenzen zur Erlangung der österreichischen Staatsbürger*innenschaft. Staatsbürger*innenschaften sollen in Zukunft nicht nur Menschen mit hohem Einkommen erhalten. Die Pflegekraft soll das gleiche Recht haben wie der Fußballstar.
- Wir fordern die Möglichkeit für Asylwerber*innen und Geduldete, die integriert sind und arbeiten, einen Spurwechsel zu unternehmen und einen echten Aufenthaltstitel (z. B. über das Bleiberecht) zu erhalten.
- Wir bekennen uns zur aktiven Förderung von Projekten zur Stärkung der Menschenrechte und des wirtschaftlichen Aufschwungs in den Herkunftsländern.



Foto: Mandl

Wir brauchen eine **FEMINISTISCHE** REPUBLIK

Eine gleichberechtigte Gesellschaft ist das Fundament unserer Demokratie. Werden Frauenrechte geschwächt, geraten Demokratie und Rechtsstaat unter Druck. Die SPÖ bekennt sich zu einer offensiven Frauenpolitik, die strukturelle Ungleichheiten bekämpft. Unser Ziel ist eine gleichberechtigte Gesellschaft, in der Frauen unabhängig ihrer Lebensphase ein selbstbestimmtes Leben führen können.

SOUVERÄNITÄT BEI LOHN UND UNTERHALT

Die Lohnschere von 18,3 Prozent ist kein Resultat mangelnden Verhandlungsgeschicks, sondern Folge struktureller Benachteiligung. Die von Sozialdemokrat*innen auf EU-Ebene erkämpfte Lohntransparenzrichtlinie ist das entscheidende Instrument, um gegenzusteuern. Die Umsetzung auf nationaler Ebene steht jedoch unter Zeitdruck: Die Vorgängerregierung hat das Thema seit 2023 schleifen lassen. Wir machen jetzt Tempo: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit soll endlich Realität werden.

Die EU-Lohntransparenzrichtlinie hat einen weiteren entscheidenden Vorteil: Sie ist auch ein zentraler Hebel im Kampf gegen Altersarmut.

Der beschlossene 35-Millionen-Euro-Fonds zur Unterstützung Alleinerziehender ist keine Sozialleistung, sondern ein Akt der Fairness und ein Schritt in Richtung Unterhaltsgarantie. Mehr als 40 Prozent der Alleinerziehenden in Österreich sind armutsgefährdet. Der Fonds ergänzt unser Forderungspaket zur Armutsprävention: Kindergrundsicherung, Reform des Unterhaltsrechts auf Basis der Kinderkostenstudie und die Umwandlung des Familienbonus Plus in eine Negativsteuer bzw. Direktzahlung, damit endlich auch Geringverdienende profitieren.

FRAUENGESUNDHEIT: PLANUNGSFEHLER MIT LEBENSGEFÄHRLICHEN FOLGEN

Betrachtet man die Benachteiligung von Frauen als Systemfehler, findet man diese überall, sogar in

der Medizin – traditionell auf den männlichen Körper geeicht, mit tödlichen Folgen für Frauen. 2026 erleben Patientinnen noch immer, dass Herzinfarkt-Symptome ignoriert, Krankheiten nicht erkannt oder Behandlungen verzögert werden. Gendermedizin – die geschlechterspezifische Betrachtung von Krankheiten und Therapien – muss zur tragenden Säule in Forschung, Lehre und Kliniken werden. Die konsequente Umsetzung des von der SPÖ initiierten „Aktionsplans Frauengesundheit“ ist dafür der entscheidende Hebel. Wir betreiben damit die effektivste Form der Frauenpolitik: eine, die Leben rettet.

Frauengesundheit muss immer das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung beinhalten. Wir haben mit 1. Jänner 2026 die Streichung der Umsatzsteuer auf alle Periodenartikel und Verhütungsmittel umgesetzt – ein Schritt in die richtige Richtung! Zugleich wissen wir, dass weltweit der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen immer restriktiver wird. Die USA oder Ungarn sind nur zwei Beispiele für Staaten, in denen Frauenrechte in der jüngeren Vergangenheit eingeschränkt wurden. In Frankreich hingegen wurde das Recht auf Abtreibung 2024 sogar in der Verfassung verankert. Als Sozialdemokrat*innen werden wir, 50 Jahre nach der Einführung der Fristenregelung in Österreich, auch weiterhin für einen wohnortnahen, legalen, kostenfreien Schwangerschaftsabbruch kämpfen.

„DIE SCHAM MUSS DIE SEITE WECHSELN“

Gisèle Pelicot, eine Überlebende jahrzehntelanger Gewalt, hat mit ihrem Mut die Welt inspiriert. Ihre Worte erfassen den Kern unserer Politik: Wir beenden die Ära, in der die Last der Gewalt beim Opfer liegt, und rücken die Täter ins Visier. Im Zentrum steht der Nationale Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen und Mädchen (NAP): Nach elf Jahren Stillstand hat die SPÖ geliefert. Ziel ist die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention: der Rahmen für ein gewaltfreies Leben mit über 100 Maßnahmen zu Prävention, Opferschutz und Täterarbeit bis hin zu Strategien gegen digitale Gewalt.

Dazu gehört für uns auch die elektronische Überwachung von Hochrisiko-Gefährdern, um Schutzanordnungen lückenlos durchzusetzen. Nicht nur die Scham – auch die Verantwortung muss die Seite wechseln.

FEMIZID ALS TÖDLICHE NORMALITÄT

Jede Woche verübt in Österreich ein Mann schwere Gewalt gegen eine Frau, versucht sie zu

ermorden oder tötet sie. Zwei Drittel der weiblichen Opfer von Tötungsdelikten sterben im eigenen Haushalt oder durch (Ex-)Partner. Gewalt gegen Frauen ist keine Reihe unglücklicher Einzelfälle. Sie ist Teil unseres Systems.

Gewaltfreiheit ist ein Recht, das der Staat garantieren muss. Der Nationale Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen dient als Blaupause für den überfälligen Systemumbau: ein feministischer Schulterschluss, der Ressortgrenzen sprengt und direkt in die Strafverfolgung eingreift.

Für jeden vierten Femizid in Österreich wird eine Schusswaffe verwendet. Die Verschärfung des Waffengesetzes beinhaltet deshalb ein automatisches Waffenverbot für Personen, gegen die ein Betretungs- und Annäherungsverbot ausgesprochen wurde.

Gewalt gegen Frauen beginnt im Kopf: Der Kampf gegen digitale Gewalt wird uns in den kommenden Jahren besonders beschäftigen. Die Einführung des „Dick-Pic“-Paragrafen gegen sexuelle Belästigung im Netz ist ein erster Meilenstein – die nächste Schlacht schlagen wir gegen die missbräuchliche Verwendung von Deepfakes.

Wir reparieren nicht nur Gesetze, wir transformieren unser Land. Ziel ist eine Gesellschaft, die Gewalt gegen Frauen als strukturelles Unrecht begreift – und die ein Sexualstrafrecht nach dem Konsensprinzip („Nur Ja heißt Ja“) nicht bloß akzeptiert, sondern umsetzt. Eine Gesellschaft, die sexuelle Handlungen nur dann erlaubt, wenn diese von allen Beteiligten gewollt werden.

SOLIDARITÄT OHNE GRENZEN: EUROPA IN DER PFLICHT

Antifeministischer Backlash, unterdrückerische Staaten, sexualisierte Gewalt als Kriegskalkül – wir sehen eine Weltkarte voller Gefahrenzonen. Die EU darf hier nicht nur Brandschutz betreiben. Sie muss Frauenrechte zur Grundbedingung für Wirtschafts- und Sicherheitsabkommen machen.

Wir drängen auf die konsequente Umsetzung der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“: Frauen gehören an den Konferenztisch, nicht auf Spendenplakate. Österreichs Kandidatur für den UN-Sicherheitsrat 2027/28 ist die Chance, sozialdemokratische Frauenpolitik als Konstante aktiver Sicherheitspolitik zu verankern und feministische Außenpolitik zu verfolgen.

SOZIALDEMOKRATISCHE FRAUENPOLITIK ALS LEITSYSTEM DER GESELLSCHAFT

Frauenrechte sind der Seismograph unserer Freiheit: Wo sie beschnitten werden, ist die Demokratie in Gefahr. Sozialdemokratische Frauenpolitik ist zudem ein verlässlicher Wertekompass: Geschlechtsspezifische Gewalt und Verfolgung als Asylgrund? Unantastbar. Religiöse Dogmen? Enden dort, wo Selbstbestimmung beginnt. Wehrpflicht für Frauen? Wir bleiben bei unserem klaren Nein.

GLEICHSTELLUNG IST AUFTRAG DER GESAMTPARTEI

Erkämpfte Quotenregelungen müssen eingehalten werden. Als progressive Bewegung muss die SPÖ garantieren, dass Gleichberechtigung, Mitgestaltung und Sichtbarkeit von Frauen gerade intern gelebt werden. Was wir Sozialdemokrat*innen für die Privatwirtschaft und den öffentlichen Dienst einfordern, muss in der eigenen Partei selbstverständlich sein. Gleichstellung darf kein Lippenbekenntnis in Sonntagsreden bleiben – sie ist ein Dauerauftrag an die Gesamtpartei.

Der 47. ordentliche Bundesparteitag der SPÖ möge deshalb beschließen:

- Wir forcieren die rasche Umsetzung der EU-Lohntransparenzrichtlinie.
- Lohngerechtigkeit garantieren: Gleiche Bezahlung bei gleichwertiger Tätigkeit.
- Wir fordern: Halbe-Halbe in allen Gesellschaftsbereichen und die Schaffung der dafür notwendigen Rahmenbedingungen.
- Für die gerechte Aufteilung der unbezahlten Care-Arbeit.
- Null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen.
- Wir rufen auf zu einem parteiübergreifenden feministischen Schulterschluss für die konsequente Umsetzung des Nationalen Aktionsplans gegen Gewalt an Frauen und Mädchen: 100+ Maßnahmen für ein gewaltfreies Leben.
- Nur Ja heißt Ja – Umsetzung des Konsensprinzips.
- Wir fordern die elektronische Überwachung von Hochrisiko-Gefährdern.
- Ein weiteres Kernziel: Gendermedizin – die geschlechterspezifische Betrachtung von Krankheiten und Therapien – als Norm, Frauengesundheit als Priorität.
- Schwangerschaftsabbrüche müssen legal, kostenfrei und wohnortnah in ganz Österreich möglich sein.
- Humanitärer Fokus: Wir koppeln die Entwicklungszusammenarbeit an den Schutz von Frauen in Krisengebieten (entsprechend der „Women, Peace and Security“-Agenda).
- Förderung der gleichberechtigten Mitbestimmung auf allen politischen Ebenen – in Bund, Ländern und Kommunen.
- Ausarbeitung eines verpflichtenden Frauenförderplans im hauptamtlichen Bereich der SPÖ.

Klimaschutz mit sozialem Kompass: Gerechtigkeit für Mensch und Natur

Es ist stiller geworden um das Klima. Wo einst bunte Demonstrationszüge die Städte füllten, bestimmen heute Alltagssorgen die Diskussionen: die horrende Teuerung, Angst vor der nächsten Stromrechnung, der immer noch nicht zugesagte OP-Termin. Doch die Natur wartet nicht. Die Klimakrise ist kein abstraktes Fernziel, sie ist eine existenzielle Bedrohung, die unsere Heimat durch Hitze und Wassernot bereits verändert.

Wir als SPÖ sagen klar: Klimaschutz ist die soziale Frage unserer Generation. Wir wollen die Klimaneutralität bis 2040 – aber wir wollen sie so gestalten, dass niemand auf der Strecke bleibt. Unser Ziel ist ein Österreich, das ökologisch vorangeht, ohne die Menschen wirtschaftlich zu überfordern.

KLIMASCHUTZ DURCH STEUERUNG, NICHT TEUERUNG

Wir räumen den Scherbenhaufen einer Politik auf, die Milliarden per Gießkannen-Förderung wie den Klimabonus ausgeschüttet hat, ohne damit CO₂ einzusparen. Mit 1,8 Milliarden Euro bringen wir die Förderung für den Heizkesseltausch zurück – sozial treffsicher. Wir fördern dort, wo Hilfe gebraucht wird, statt Bankmanagern den Pool zu heizen. Jedes neue Gesetz wird künftig auf seine Klimawirksamkeit geprüft. Wir regieren mit Plan, nicht mit dem Prinzip Hoffnung.

DIE DEMOKRATISIERUNG DER ENERGIEVERSORGUNG

Mit dem Beschluss des „Günstiger-Strom“-Gesetzes ist ein Paradigmenwechsel gelungen. Es startet ein neuer, sozialerer und klimafreundlicher Abschnitt des heimischen Strommarkts: Soziale Fairness, bezahlt von der Energiebranche. Dazu die von uns erkämpfte Garantie, dass Energieunternehmen sinkende Preise in Zukunft an die Konsument*innen weitergeben müssen. Und: Öffentliche Energiever-

sorger müssen sich endlich auch dem Gemeinwohl verpflichten.

Wichtig ist nun, die Stromnetze fit zu machen für erneuerbare Energie und dezentrale Energieerzeugung durch den massiven Ausbau der Windenergie und den Bau weiterer Pumpspeicherkraftwerke sowie etwa auch durch die Verbesserungen der Bedingungen für Energiegemeinschaften. Damit jedoch nicht genug: Um erneuerbarer Energie klar den Vorzug zu geben, braucht es auch eine klare Vorrangstellung.

DER INDUSTRIELLE BEFREIUNGSSCHLAG

Der Ausbau von Wind, Sonne und Wasser ist für uns Verpflichtung gegenüber unseren Kindern – aber genauso praktische Industriepolitik. Wir lichten den Genehmigungsdschungel, in dem Projekte ein Jahrzehnt feststecken. Durch das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz erklären wir die Energiewende zum „überragenden öffentlichen Interesse“. Die Folge: Digitale Verfahren und konzentrierte Behördenwege bringen den modernen Energy Hub in drei statt in zehn Jahren ans Netz.

Die Sozialdemokratie denkt weiter als bis zur nächsten Wahl. Die ökosoziale Wende ist keine Konsument*innenpflicht, sondern Sache einer entschlossenen Industriepolitik. Nach Jahren des Schluderns schaffen wir jetzt die Sicherheit, die Investor*innen brauchen: Wir bauen das Netz für moderne Energy Hubs, dekarbonisieren Stahl und Zement und erzwingen die Wärmewende.

Dabei gilt: Der Staat schafft die Rahmenbedingungen. Hier ist die Sozialdemokratie besonders gefragt. Wir müssen die Marktunsicherheiten eingrenzen und die gesetzlichen Rahmen setzen, damit Unternehmer*innen und Investor*innen mehr Sicherheit haben. Die Transformation ist aber nur dann fertig, wenn sie sozial ausgewogen organisiert wird.

DIE MOBILITÄTSWENDE: WIR BRINGEN ÖSTERREICH AUF SCHIENE

Die Klimawende wird ein Gewaltakt, die von uns allen viel verlangt. Dazu gehört, teure Zuckerln hintanzustellen und zuerst dort zu investieren, wo die meisten Emissionen gespart werden: beim öffentlichen Personennahverkehr und dem Güterfernverkehr.

Eine klimafreundliche Republik fährt mit der Bahn. Bis 2030 fließen rund 20 Milliarden Euro in den Ausbau des Schienennetzes, die Digitalisierung des Navigationssystems, das Vorantreiben des Semmering- und des Brenner-Basistunnels. Damit erhöhen wir die Kapazitäten auf den bestehenden Strecken und stärken den öffentlichen Verkehr in Ballungsräumen.

Das langfristige Zielnetz 2040 sieht einen weiteren Ausbau mit einem Volumen von 26 Milliarden Euro vor, einschließlich Schlüsselprojekten wie der neuen Innkreisbahn, die die Fahrzeit Wien-München verkürzen soll. Trotz Verzögerungen bei einzelnen Großprojekten ist das strategische Ziel, den Anteil der Bahn am Gesamtverkehr bis 2040 auf 40 Prozent zu steigern.

KLIMASCHUTZ BEGINNT ZUHAUSE

Unsere Klimapolitik denkt zuerst an die Menschen: Angesichts steigender Extremtemperaturen brauchen wir gesetzliche Mindeststandards zum Schutz der Arbeitnehmer*innen.

Die neue Hitzeschutzverordnung ist für uns ein Etappensieg – wir brauchen jedoch weitere Schutzmaßnahmen und Rechte für Arbeitnehmer*innen in einer Welt, die immer heißer wird. Der Schutz der Gesundheit darf kein freiwilliger Gnadenakt der Arbeitgeber bleiben.

FAZIT: DIE ROTE WENDE

Wir wählen nicht zwischen Umwelt und Wirtschaft, zwischen Natur und Mensch – wir versöhnen beide Säulen unserer Gesellschaft. Unser Weg zur Klimaneutralität 2040 führt über einen starken Staat und eine geschützte Industrie. Wir setzen nicht auf Bestrafung durch höhere Preise, sondern auf Fortschritt durch kluge Steuerung.

Dabei gilt es, das ganze Bild im Auge zu behalten: Die Dekarbonisierung wird das wirtschaftliche Gefüge und damit die Arbeits- und Lebenssituation der Arbeitnehmer*innen in Österreich drastisch verändern. Wird dieser Prozess nicht flankierend begleitet, werden die Gewinne, Vorteile und Kosten ungleich verteilt – was unweigerlich zu massiven Verwerfungen am Arbeitsmarkt führen würde. Deshalb muss das Konzept einer „Just Transition“, also eines gerechten Übergangs, die tragende Basis dieses Transformationsprozesses bilden.

Für ein Österreich, das seine Kinder schützt, seine Industrie bewahrt – und in dem Energie kein Armutsrisiko mehr ist.

Der 47. ordentliche Bundesparteitag der SPÖ möge deshalb beschließen:

- Wir bekennen uns zum Ziel der Klimaneutralität 2040.
- Wir fordern ein Klimagesetz mit einem klaren Pfad bis 2040, Sektorzielen für alle Bereiche und klaren Regeln und Konsequenzen bei Zielverfehlungen.
- Wir treiben die Energiewende voran und bauen Sonnen-, Wasserkraft- und Windenergie strategisch aus.
- Wir verkürzen Verfahren und beschleunigen den Ausbau der erneuerbaren Energie (Erneuerbaren-Ausbau- Beschleunigungsgesetz).
- Die Bahn kommt: Wir modernisieren das 5.000 km lange Bahnnetz Österreichs und verkürzen Fahrtstrecken – mit rund 20 Milliarden Euro bis 2030.
- Wir stehen für das Konzept einer „Just Transition“, eines gerechten Übergangs, als tragende Basis des Dekarbonisierungs- und Transformationsprozesses.

Die Sozialdemokratie als Friedensbotschafterin

Die internationale Ordnung, wie wir sie kannten, gibt es nicht mehr. Großmachtkonkurrenz, militärische Eskalationen, ökonomischer Druck durch Zölle und hybride Bedrohungen prägen die Gegenwart. Zahlreiche Krisenherde erfordern unsere Aufmerksamkeit und auf altbewährte Partner können wir uns nicht mehr verlassen. Autoritäre politische Kräfte fordern Abschottung und das Recht des Stärkeren löst die Stärke des Rechts ab.

Sozialdemokratische Außenpolitik verlangt Ehrlichkeit. Im Umbruch der internationalen Ordnung kommt ein Schweigen oder Zurückhaltung gegenüber den autokratischen Kräften dieser Welt einer unmittelbaren Schwächung unserer selbst gleich. Wo die alte Welt stirbt und die neue noch nicht geboren ist, entstehen nicht nur Risiken, sondern auch historische Gelegenheiten. Wir können die neue Ordnung aktiv mit unseren europäischen und globalen Partner*innen mitgestalten und endlich selbstbewusster auftreten. Dieses Selbstbewusstsein müssen wir nicht neu erfinden, sondern nur wiederentdecken. Die EU umfasst den größten Binnenmarkt weltweit und unser Wirtschafts- und Währungsraum ist unsere größte Stärke. Darauf müssen wir aufbauen und uns aus der lähmenden Defensive befreien.

ABSAGE AN DAS FAUSTRECHT

Unsere Antwort auf die neue Ordnung ist ein Bekenntnis zum Frieden, zur internationalen Solidarität, zum Multilateralismus und für ein selbstbewusstes Europa. Österreich ist aufgrund seiner Geschichte und als Sitzstaat der Vereinten Nationen hier besonders gefordert, sich auf die Seite des Völkerrechts und der Menschenrechte zu stellen, um den Multilateralismus zu schützen und auszubauen. Wir müssen die proaktive Suche nach neuen internationalen Handelspartner*innen und Verbündeten unterstützen und Kooperationen auf Augenhöhe forcieren, die Menschenrechte, Umwelt und faire Arbeitsbedingungen hochhalten. So reduzieren wir unsere Abhängigkeiten und können ein Gegengewicht zu den globalen Mächten darstellen, die danach streben, immer mehr Macht zu konzentrieren.

EUROPAS SOZIALDEMOKRATIE: RECHNET MIT UNS!

Unser sozialdemokratisches Ziel muss ein starkes,

selbstbewusstes und souveränes Europa sein. Um dieses Europa zu sichern, braucht es eine resiliente Sozialdemokratie in allen Ländern. Denn auch innereuropäisch haben wir es mit dem Erstarken von antieuropäischen und autokratischen Kräften zu tun. Während Konservative den Rechtsaußen-Kräften den Steigbügel halten, müssen wir als Sozialdemokratie dagegenhalten. Das haben wir in der Vergangenheit getan und nun sind wir erneut dazu aufgefordert. Dies gelingt uns aber nur, wenn die Sozialdemokratie europaweit an Stärke gewinnt.

Daher setzen wir uns für eine engere Zusammenarbeit mit unseren sozialdemokratischen Schwesterorganisationen innerhalb der Party of European Socialists (PES), unserem europäischen Dachverband, ein. Gleichzeitig fördern wir gelebte EU-Politik in den eigenen Reihen und erschließen neue Möglichkeiten und Prozesse, um progressive strukturelle Veränderungen in Brüssel zu erwirken und Brüssel näher nach Österreich zu bringen.

ZUSAMMENHALT AUF BASIS GEMEINSAMER WERTE UND EU ALS ANKER DER VERNUNFT

Nur wenn wir als europäische Staaten zusammenhalten, können wir in der Weltpolitik weiterhin eine Rolle spielen und machen uns nicht zum Spielball der Mächtigen. Nur gemeinsam können wir als verlässlicher und attraktiver Partner auf der internationalen Bühne auftreten und der Machtpolitik die Stirn bieten. Wer sich fragt, ob Europas Leuchtfener überhaupt brennen kann, dem müssen wir zeigen, dass die wahre Stärke Europas nicht aus militärischer Macht oder wirtschaftlicher Größe erwächst, sondern aus der tragenden Kraft unserer gemeinsamen demokratischen Werte.

Europa zu stärken, heißt aber auch, eine Vorreiterrolle bei globalen Zukunftsfragen wie Klima und Technologie anzuvisieren. Wir machen uns keine Illusion darüber, dass Europa seine Abhängigkeiten bei Energie, Lieferketten, Schlüsseltechnologien und Finanzinfrastruktur ebenso wie im Sicherheits- und Verteidigungsbereich reduzieren muss. Aus diesem Grund plädieren wir für ein klares „Buy European“-Kriterium und somit einer Bevorzugung europäischer Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen. Darüber hinaus kann unser Europa zum global

wichtigsten Verfechter von Demokratie und Menschenrechten in einer zunehmend autokratischen Welt werden.

Diese Chance müssen wir auch nutzen, um dem weltweiten Gleichstellungs-Backlash entschieden entgegenzutreten und den Feminismus führend in Europa und der Welt weiter zu stärken. Die Antwort auf die derzeitige Außenpolitik der Machtblöcke ist die feministische Außenpolitik. Die bedingungslose Achtung der Frauenrechte als Menschenrechte sowie ihre Durchsetzung sind ein felsenfester Grundwert der Sozialdemokratie.

AKTIVE NACHBARSCHAFTSPOLITIK UND NEUTRALITÄT ALS ZEICHEN DER STÄRKE

Diese Haltung zeigt sich in unseren klaren Positionen zu aktuellen europäischen Projekten. Die EU-Erweiterung, insbesondere im Westbalkan, ist für die SPÖ strategische Pflicht und ein Projekt, von dem beide Seiten massiv profitieren. Die EU-Erweiterungspolitik ist eine unserer wirksamsten außenpolitischen Instrumente und der Westbalkan liegt in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Hier können wir wirklich einen Unterschied erwirken. Viel zu lange haben wir unsere Glaubwürdigkeit aufs Spiel gesetzt und die Staaten im Westbalkan im Warteraum der EU versauern lassen. Jetzt gilt es, ein Zeichen zu setzen und einen EU-Beitritt Albaniens und Montenegros voranzutreiben. Zugleich tobt ebenfalls in unserer Nachbarschaft der brutale russische Angriffskrieg in der Ukraine weiter. Die Ukraine verdient und benötigt weiterhin unsere volle Solidarität und Unterstützung im Rahmen unserer Mittel und Möglichkeiten. Ganz im Sinne der österreichischen Neutralität. Das heißt, insbesondere Finanzhilfe und Ressourcen für den Wiederaufbau zur Verfügung zu stellen. Die SPÖ steht unverbrüchlich zur aktiven Neutralitätspolitik Österreichs, die für uns ein klares Bekenntnis zur internationalen Rechtsordnung, dem Gewaltverbot, zur territorialen Unversehrtheit und dem Erhalt der Menschenrechte ist.

DIPLOMATIE STATT DOMINANZ: DER NEUE REALISMUS

Die SPÖ definiert Österreichs Neutralität nicht als Zuschauerrolle, sondern als aktives Gestaltungsinstrument. Die von uns ausdrücklich gewünschte Kandidatur Österreichs für den UN-Sicherheitsrat 2027/28 sehen wir nicht als Selbstzweck, sondern als Chance, den Multilateralismus zu verteidigen und unser Konzept der aktiven Neutralität auf die Weltbühne zu bringen. Gleichzeitig stützen wir einen permanenten

Sitz der Europäischen Union im UN-Sicherheitsrat, der Europa dazu verhelfen soll, international mit einer Stimme zu sprechen. Die Vereinten Nationen sind unsere wichtigsten Garanten für Frieden und eine strukturierte Zusammenarbeit auf internationaler Ebene. Daher gilt es, diese zu stärken und sich klar gegen Parallelstrukturen zu stellen, die eine Herabsetzung und Schwächung dieser Zusammenarbeit zur Folge hat.

In der aufbrechenden Weltordnung schlägt die Stunde der Sozialdemokratie. Wir erkennen darin einen Auftrag der Geschichte, als ordnende Kraft des Friedens und der Diplomatie zu wirken. Es liegt an uns, diesen Auftrag anzunehmen.

Der 47. ordentliche Bundesparteitag der SPÖ möge deshalb beschließen:

- Die SPÖ setzt sich für eine Stärkung der Souveränität der Europäischen Union und gegen „Das Recht des Stärkeren“ sowie gezielte Willkürpolitik der Großmächte ein.
- Die Internationale Kommission der SPÖ soll aktive Prozesse anstoßen und Strukturen schaffen, die progressive Politik in Brüssel stärkt, Reformen voranbringt und die Europäische Union für Österreich und unsere Mitglieder sichtbar macht.
- Die SPÖ setzt auf stärkere Zusammenarbeit durch gemeinsame europäische Strategien mit unseren sozialdemokratischen Schwesterparteien in der PES.
- Unterstützung der Kandidatur Österreichs für den Sitz im UNO-Sicherheitsrat 2027 und Einsatz für einen permanenten EU-Sitz.
- Die SPÖ verpflichtet sich, den Leitlinien der feministischen Außenpolitik zu folgen.
- Die SPÖ setzt sich für eine aktive EU-Nachbarschaftspolitik ein.
- Die SPÖ setzt auf den Ausbau der Rolle Österreichs als Friedensbotschafter.
- Die SPÖ setzt verstärkt auf strategische globale Allianzen mit demokratischen Verbündeten.

